

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Die NPD steht in der Nachfolge der Nazis. Sie darf keine Zukunft haben!



Symbole sind in der Politik nicht nur Äußerlichkeiten, sie stifteten Identitäten und sind Signale nach außen.

Insofern sind die frappierenden Ähnlichkeiten im Auftritt von NPD (oben) und NSDAP (unten) durchaus ein Beweis für die im Antrag des Bundestages behauptete Wesensverwandtschaft der Neonazis mit der Hitlerpartei.



- S. 3: Verbotsantrag des Bundestages gegen die NPD
- S. 5: Milosevic hinter Gittern und die Selbstgerechtigkeit der Sieger
- S. 12: NPD immer noch aktionsfähig
- S. 16: BK Schröder schleimt sich in „Bild“ aus – Proteste
- S. 21: Integration als kommunale Aufgabe



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.net.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, PF 60 02 30, 70302 Stuttgart

GESCHICHTSFÄLSCHER GEHEN IN DIE OFFENSIVE. Die dreiteilige ARD-Serie über „Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer“ hat den „Bund der Vertriebenen“ zu neuen Vorstößen angestachelt. Zwar kritisiert der BdV die Sendung in geschichtsfälschender Absicht: Die „15 Millionen Vertriebungsopten“ seien keineswegs „allein als Hitlers Opfer zu deklarieren“, sondern: „Die Vertreibungen waren von langer Hand systematisch vorbereitet“ Verbrechen, die ihre eigenen und in den jeweiligen Ländern wurzelnden Ursachen hatten und für manchen Staat die günstige Gelegenheit war, sich einer ethnischen Minderheit oder sogar Mehrheit zu entledigen. Die Planung bzw. Absicht dazu reichte teilweise lange vor die NS-Zeit zurück ...“ Gleichwohl verspürt er durch die öffentliche Diskussion einen Rückenwind. Flugs wandte sich der BdV mit der Forderung an die Kultusministerkonferenz, die „Information über Flucht und Vertreibung wieder in die Lehrpläne einzubinden“. Das sei seit Jahren nur noch in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Thüringen und Sachsen der Fall.

Des weiteren teilte der BdV mit, dass er sich an das Europäische Parlament gewandt habe. Nachdem das EP am 15.4.1999 in einer Erklärung die tschechische Regierung aufgefordert hat, fortbestehende Gesetze und Dekrete aus den Jahren 1945/46 aufzuheben, „soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der damaligen Tschechoslowakei beziehen“, soll es nun „im Geiste seiner o.g. an die Tschechische Republik gerichteten Resolution“ gegen Slowenien (Avnoj-Dekrete) und die Republik Polen (Dekrete vom 6. Mai 1945 bzw. 3.1. und 8.3.1946) in Gang gesetzt werden. In diesem Sinne habe man in den letzten Monaten intensive Gespräche mit Europaparlamentariern geführt. In der polnischen Angelegenheit sei eine Resolution um so dringender, als der polnische Sejm am 11.1.2001 ein Gesetz verabschiedet habe (das dann jedoch vom polnischen Präsidenten Kwasniewski abgelehnt worden sei), das Bestimmungen enthält, „die die von den Enteignungsmaßnahmen betroffenen deutschen Vertriebenen von den Restitutionsregelungen völlig ausschließen“. (PE BdV, 5.4.)

GUTE FREUNDE. Am 9.4. tagte nach einer Unterbrechung von 10 Jahren zum 4. Mal die Deutsch-Iranische Gemischte Wirtschaftskommission. Vor dem Hintergrund des 3. Fünfjahresplanes des Irans, der einen großen Modernisierungsschub vorsieht und an dessen Ende mehr als 30% der iranischen Wirtschaft in privater Hand sein sollen, verspricht sich die deutsche Wirtschaft lt. Bundeswirtschaftsminister Müller zum einen die Steigerung des Außenhandels: Nachdem das Volumen von 9 Mrd. DM 1992 auf 1999 3,1 Mrd. DM gefallen war, soll die 2000 eingeleitete Trendwende (+ 35%) beschleunigt werden. Die BRD ist Irans größter Lieferant.

Zum anderen wollen deutsche Unternehmen den Kapitalexport in den Iran steigern. Die Bundesregierung sagt prinzipiell Garantien für Investitionen im Iran zu, bindet sie aber an einen neuen Investitionsförderungs- und -schutzvertrag, über den sie gegenwärtig mit der iranischen Regierung verhandelt.

UNTERZEICHNEN! Auf Antrag der PDS hatte der Innenausschuss des Bundestages mit den Stimmen der Koalition sowie der FDP dem Bundestag empfohlen, der Bundesregierung aufzufordern, das Europäische Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit zu unterschreiben. Der Europarat hatte dieses am 6.11.1997 zur Unterzeichnung aufgelegt, es ist am 1.3.2000 in Kraft getreten, doch die BRD gehört zu den wenigen Mitgliedstaaten, die es bisher weder unterzeichnet noch ratifiziert haben. Das Abkommen sieht z.B. in Artikel 14 vor, dass ein Vertragsstaat Kindern, die bei der Geburt ohne weiteres verschiedene Staatsangehörigkeiten erworben haben, die Beibehaltung dieser Staatsangehörigen gestattet, also Mehrstaatigkeit ausdrücklich und ohne jedes „Optionsmodell“ ermöglicht. Nach Art. 17 Abs. 1 des Abkommens haben die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates dieselben Rechte und Pflichten wie jeder andere Staatsangehörige des Vertragsstaates auch. (Nach PE PDS) Der Bundestag hat inzwischen die Aufforderung an die Bundesregierung beschlossen.

GESINNUNGSPARAGRAF 129A. Die Bundesregierung hat auf Anfrage der PDS-Abgeordneten Jelpke mitgeteilt, dass sich 99,4% aller § 129a-Ermittlungsverfahren zwischen 1996 und 2000 gegen Linke richteten, nämlich 494. Lediglich 3 Ermittlungsverfahren (0,6%) wurden im gleichen Zeitraum gegen rechte Straftäter eingeleitet. 162 Ermittlungsverfahren gegen Linke – fast ein Drittel – wurden irgendwann wieder eingestellt. Lediglich in 29 Fällen kam es auch zu einer Verurteilung (bei gewöhnlicher Kriminalität führt ca. die Hälfte zur Anklageerhebung). Die PDS-Fraktion hat einen Antrag auf ersatzlose Aufhebung der §§ 129 und 129a StGB beschlossen, der jetzt in die parlamentarische Beratung eingebracht wird.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Auf der 167. Sitzung am 10. Mai berät der Bundestag u.a. über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo, tags drauf bei der 168. Sitzung steht u.a. der Antrag von SPD und Grünen „Auswärtige Kulturpolitik für das 21. Jahrhundert“, Beschlussempfehlung und Bericht des AA zu „Chancen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages für die Versöhnung stärker nutzen“ auf der TO.

„Wesensverwandtschaft“ von NPD und NSDAP

„Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg“ rief der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, seinen Delegierten im März 2000 zu. Eine bedeutende Äußerung, auf die die Süddeutsche Zeitung (1) im Sommer letzten Jahres in der Verbotsdiskussion hinwies, die aber keine weitere Beachtung fand. War diese Äußerung doch ein wichtiger Hinweis dafür, dass die NPD in den Fußstapfen der NSDAP marschiert. Erst jetzt wurde sie im Verbotsantrag des Deutschen Bundestages von Prof. Dr. Günter Frankenberg und Prof. Dr. Wolfgang Löwer wieder aufgegriffen. Spät, aber hoffentlich nicht zu spät.

Auffällig ist am Verbotsantrag des Deutschen Bundestages, dass er sich nicht an dem Verbotsantrag der Bundesregierung orientiert, sondern eher an die inhaltlichen Aussagen der Alliierten Kontrollratsgesetze zwischen 1945 und 1948 anknüpft. Das Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 10. Oktober 1945 (2) fand 1948 in Artikel 139 GG seinen Niederschlag.

Dokumentiert: Antrag des Bundes- tags Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus

Die NPD ist aufgrund ihrer politischen Programmatik, Strategie und Taktik, ihrer politischen Sprache und Rhetorik, ihrer affirmativ-apologetischen Darstellung nationalsozialistischer Verbrechen und ihrer nationalsozialistischen Traditionspflege eine dem Nationalsozialismus wesensverwandte und daher nach Maßgabe von Art. 21 Abs. 2 GG verfassungswidrige politische Partei.

1. Politische Programmatik

Die programmatische Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus erschließt sich aus einer vergleichenden Analyse des Parteiprogramms der NPD von 1996, der Schulungsmaterialien und anderer programmatischer Schriften, der Reden und Veröffentlichungen von führenden Funktionären der NPD und JN sowie der Beiträge in den offiziellen Medien („Deutsche Stimme“, Internet) der Partei mit den für die nationalsozialistische Ideologie maßgeblichen Programmen, Publikationen und Äußerungen von Funktionären der NSDAP (...).

Nachweise für die Übereinstimmung von NSDAP und NPD im Hinblick auf die zentralen Programmaussagen lassen sich zahlreichen geistes- und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen entnehmen (...).

Von der Wesensverwandtschaft zwischen NPD und Nationalsozialismus geht auch das Bundesverwaltungsgericht in einer Reihe von Entscheidungen

Die Kontrollratsgesetze führten Kriterien für inhaltliche Verbotsgründe und eine Liste von Nachfolgeorganisationen der NSDAP an. In den späteren Jahren wurde ein Verbot der NPD mit dem Hinweis auf die Kontrollratsgesetze und den Artikel 139 GG immer abgelehnt. Der jetzt vorliegende Verbotsantrag löst dieses Problem inhaltlich, indem er eine „Wesensverwandtschaft“ der NPD mit der NSDAP nachweist.

Man kann nur Vermutungen anstellen, warum hier ein Kurswechsel eingesetzt hat. Vermutlich hat das Bundesverfassungsgericht ein Zeichen gegeben, das die bisherigen Verbotsbegründungen der Bundesregierung sehr dünn waren.

Auffällig ist auch, dass der neue Verbotsantrag auch einen internationalen Bezug gefunden hat. Ausdrücklich weisen die Anwälte darauf hin, dass die NPD mit ihrer „Großraumvision“ eines „Deutschen Reiches“ gegen den 2+4-Vertrag von 1990 verstößt. Ein Argument, das für das bürgerliche Lager ein zweit-

scheiniges Schwert ist. Ist nicht vielleicht Schäubles Theorie von Deutschland als Kern von Europa auch eine „Großraumvision“? Vermutlich wird dies ein Hintergrund gewesen sein, warum das bürgerliche Lager mit den neuen Begründungszusammenhängen sehr vorsichtig war. Die CDU trägt den Beschluss des Deutschen Bundestag nicht mit.

Der Verbotsantrag des Deutschen Bundestages, aber auch die Entschließung des Bundestages „Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (3) bieten Anhaltspunkte für die antifaschistische Arbeit vor Ort. Die antifaschistischen Kräfte sollten darüber nachdenken, wie man diese Aussagen nutzen kann.

Jörg Detjen, Ulrike Bach

) Süddeutsche Zeitung vom 11.8.2000

2) Rechtsgutachten der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zum Verbot der NPD, Freiburg, 1985.

3) Deutscher Bundestag, Drucksache 14/5456

aus. (...) Die programmatische Übereinstimmung ergibt sich aus den zentralen, den politischen Kurs und die Vorstellungswelt der NPD definierenden Elementen: a) Ideologie der „Volksgemeinschaft“, b) Reichsidee und Großraum-Denken, c) Sozialdarwinismus, Rassismus und d) Antisemitismus.

„Volksgemeinschaft“

(...) Die völkische Ideologie, konzipiert als Gegensatz zur „sogenannt(en) westlich(en) Werteordnung“ (...) steht auch im Zentrum der Programmatik der NPD: „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus.“ (...) und bindet die aus dieser „Volksherrschaft“ hervorgehende Staatsgewalt nicht an die verfassungsmäßige Ordnung, sondern primär an die „Grundziele des Volkes.“ (...)

Entsprechend der grundlegenden nationalsozialistischen Stoßrichtung der Volksgemeinschaftsideologie verkündete das Mitglied des NPD-Bundesvorstands (von 1998 bis Anfang 2000 auch Mitglied des Parteipräsidiums) P. L. Aae einen „vollständige(n) Sieg über das gegenwärtige liberalkapitalistische Herrschaftssystem und damit verbunden „das Einläuten einer neuen geschichtlichen Epoche (...) unter völkischem Prinzip“. (...)

Dieses Prinzip bekraftigte der Bundesvorsitzende Udo Voigt in seiner Rede vor dem Bundesparteitag am 18./19.3.2000, in der er die Partei aufrief, „den Menschen klarzumachen, welchen Wert jeder einzelne von ihnen innerhalb einer intakten Volksgemeinschaft“ hat. (...)

Die NPD-Programmatik von „völkischem Prinzip“ und „Volksgemein-

schaft“ – letztere wie im Nationalsozialismus verstanden als „Schicksals- und Leistungsgemeinschaft“ oder „Volksstaat“, in dem nur das „Wohl des ganzen Volkes“ zählt, (...) offenbart ihre Wesensverwandtschaft zur nationalsozialistischen Ideologie nicht nur hinsichtlich ihrer Thematik, Struktur und antiliberalen und antiindividualistischen Stoßrichtung, sondern auch hinsichtlich ihrer biologistisch-organistischen Grundlegung, die sich einer raumorientierten Wirtschafts- und Außenpolitik vermittelt. Nach einer Reihe von für die NPD typischen Äußerungen kann man einer „Volksgemeinschaft“ nur blutmäßig durch Geburt angehören, müsse also „eingebunden in den Blutstrom“ sein. (...)

In öffentlichen Stellungnahmen leitet der Bundesvorsitzende Voigt aus der Vorstellung von „Volksgemeinschaft“ eine der nationalsozialistischen Tradition entsprechende „raumorientierte Volkswirtschaft“ ab. (...)

Die NPD-Programmatik teilt mit dem Nationalsozialismus auch das Verständnis von „Volksgemeinschaft“ als Kampfbegriff, der gegen den Liberalismus und die durch diesen verursachten „gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen“, gegen Parlamentarismus und (Parteien-)Pluralismus und gegen den Begriff der liberalen Demokratie in Anschlag gebracht wird. (...)

In Fortführung der nationalsozialistischen Traditionslinie wendet die NPD den Begriff der „Volksgemeinschaft“ seit einigen Jahren außerdem gegen die „utopische Idee der internationalen, mensch-

lichen Gemeinschaft“ und die „EU-Diktatur“. (...)

Dass in der NPD-Programmatik die Gegenbegriffe nicht in ihrem nationalsozialistischen Gewande auftreten, vermag die Wesensverwandtschaft in diesem Punkt nicht zu widerlegen, da es strategische Vorsicht und die in den aktuellen Debatten verwendete Begrifflichkeit ganz offensichtlich der NPD nahe legen, stattdessen als funktionales Äquivalent die „Ausländer“, „Fremden“, „Feinde der Deutschen“, Angehörige „anderer Rassen“, oder „genetisch“ Anderen, „Asylanten“ oder – in direkter nationalsozialistischer Tradition – Juden anzusprechen.

Reich

(...) Die NPD übernimmt mit ihrer Reichsideologie das antirepublikanisch-antidemokratische und imperialistisch-hegemoniale Reichskonzept des Nationalsozialismus. Die Reichsidee lässt sich in zahlreichen Publikationen der NPD und Äußerungen von Spitzfunktionären der Partei als zentrales Element der Parteiprogrammatik aufweisen. Bereits 1995 propagierte das „nationaldemokratische Manifest“ der NPD als höchstes Ziel die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“. Der Bundesvorsitzende U. Voigt bekräftigte in seiner Rede vor dem Bundesparteitag 2000: „Das Reich ist unser Ziel, die NPD ist unser Weg.“ (...)

Dass die Reichsideologie Anschluss sucht an die nationalsozialistische – und nicht etwa die ältere, universalistische – Reichsidee, signalisieren wiederholte Hinweise auf eine „Auferstehung“, „Wiederkehr“ oder „Wiedergeburt“ des „Dritten Reiches“. (...)

1998 bekräftigte der Bundesvorsitzende U. Voigt die „Forderung zum Aufbau des Deutschen Reiches“ „von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. (...)

Zu der von der NPD entsprechend ihrer Großraumvision eines „Deutschen Reiches“ angestrebten Revision der Grenzen, die im übrigen dem Völkerrecht, vor allem dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.1990 widersprechen, heißt es im Parteiprogramm: „10. Deutschland in seinen geschichtlich gewachsenen Grenzen. Die Wiederherstellung Deutschlands ist mit der Vereinigung der Besatzungskonstruktion BRD und DDR nicht erreicht.. Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! ... Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzanerkennungsverträge.“ (...)

Es ist auch der Weg einer „harmlosen Deutung“ – schließlich ist der Reichsbegriff durchaus vielgestaltig und keineswegs per se perhorreszert – verschlossen. Es sind die Begriffsgleichzeitigkeiten z.B. von Volk, Volksgenosse, Blut und Reich mit den unausgesprochenen, verdeckt mitzitierten oder offen angesprochenen nationalsozialistischen Bedeutungsgehalten, die die ideologische Deckungsgleichheit zum Nationalsozia-

lismus für den mit der NS-Ideologie auch nur einigermaßen Vertrauten unübersehbar machen.

Sozialdarwinismus, Rassismus

(...) Die NPD lässt ausweislich zahlloser Äußerungen ihrer Spitzfunktionäre und Veröffentlichungen in ihren Publikationsorganen zu Sozialdarwinismus und Rassismus selbst solche taktisch motivierte Distanz häufig vermissen. In unmittelbarer Anknüpfung an nationalsozialistische Programme und Autoren, deren Begrifflichkeit übernommen oder paraphrasiert wird, durchziehen die Programmatik der NPD mannigfache Aufrufe zum Kampf oder „nationalen Widerstand“ gegen

– die „Umwölkung zu einer afro-euroasiatischen Mischnrasse“ (...)

die „innere biologische Heimatvertreibung“ und „Herdenvertierung“ durch den Liberalismus (...)

die grenzenlose Überfremdung“ durch ein Ausländerproletariat, das „über das weltfremde Wirtsvolk der Deutschen herfallen wird“ (...)

Um nochmals die geistige Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie zu verdeutlichen, sei noch das Parteiprogramm der NSDAP (Punkt 4) zitiert: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ Für „Juden“ im Nazi-Kontext stehen im NPD-Kontext alle „Rassefremden“. (...)

Die nationalsozialistische Erbschaft der sozialdarwinistischen und rassistischen Ideologie der NPD lässt sich auch hinsichtlich ihrer Funktion der Ausgrenzung aller rassistisch Anderen und Minderwertigen nachweisen. (...)

Antisemitismus (...)

Ausweichlich zahlreicher Äußerungen von NPD-Funktionären und Autoren im Parteiorgan der NPD entsprechen Frenz' antisemitische Thesen durchaus dem politischen Kurs der Partei. (...)

Zentrale Bedeutung für die politische Programmatik, Vorstellungswelt und Mobilisierungsstrategie der NPD hat der indirekte Antisemitismus, der sich in der Leugnung oder Verharmlosung des Holocaust und die Verhöhnung der Opfer äußert. Mit unterschiedlicher Deutlichkeit versuchen rechtsextremistische Revisionisten, ungeachtet der Strafdrohung der §§ 130, 185, 189 StGB, die Massenvernichtung von Menschen und insbesondere von Juden in den Gaskammern der Konzentrationslager des Dritten Reiches in Abrede zu stellen. (...)

Im Unterschied zum überwiegend chiffrierten bzw. indirekten rassistischen Antisemitismus tritt der politische Antisemitismus der NPD häufig direkt in Erscheinung. (...)

Daraus folgt, dass der sich in diesen (Äußerungen) manifestierende Antisemitismus der NPD nicht nur formal über die Mitgliedschaft und Stellung der Äußernden in der Partei, sondern hinsicht-

lich der Anhänger, die nicht Mitglieder sind, wegen des von der Partei bereitgestellten organisatorischen Rahmens und wegen der Publikation in Printmedien der Partei zuzurechnen sind.

Strategie und Taktik

Bezüglich der Strategie der NSDAP sind zu unterscheiden, erstens, die sog. „Kampfzeit“ und die Phase, in der die Partei aus taktischen Gründen den sog. „Legalitätskurs“ einschlug, und zweitens die Herrschaftspraxis nach der „Machtübernahme“. In der frühen „Kampfzeit“ lehnte Hitler die Beteiligung an parlamentarischen Wahlen ab und propagierte die NSDAP als „Bewegung“ im Gegensatz zu den Parteien. Trotz grundsätzlicher Ablehnung des parlamentarischen Systems erstrebte die NSDAP nach Verbot und Wiedergründung am 26.2.1925 aus taktischen Gründen jedoch auf legalem Weg die Macht und Anerkennung als Volkspartei ...

Trotz unterschiedlicher Strategien in Hinsicht auf die Machtergreifung weisen „Kampfzeit“ und Zeit des Legalitätskurses jedoch eine Übereinstimmung auf ...

Angesichts der veränderten historischen, politischen, und rechtlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht zu erwarten, dass eine das Erbe von Nationalsozialismus und NSDAP antreterende politische Partei deren Organisationsmuster und strategischen Konzepte unmittelbar im Verhältnis eins zu eins kopiert ...

Deutlich treten die strategische Wesensverwandtschaft von NPD und Nationalsozialismus und das taktisch-instrumentelle Verhältnis der NPD zur parlamentarischen Demokratie und zum Parteipluralismus in dem für die Strategie der NPD zentralen Drei-Säulen-Konzept hervor. Zur Erreichung der Macht und Durchsetzung ihrer politischen Ziele und zur Überwindung der nachgerade apokalyptischen Zustände in Deutschland ... stützt sich die NPD auf: „Programmatik – Schlacht um die Köpfe, Massenmobilisierung – Schlacht um die Straße sowie Wahlteilnahme – Schlacht um die Wähler“ ...

Die mannigfachen Äußerungen und Erklärungen zu Strategie und Taktik, der Ort der Publikation sowie die Stellung der Äußernden in der Partei rechtfertigen, sie der NPD als die Parteilinie kennzeichnend zuzurechnen. Der operativen Wesensverwandtschaft zur NSDAP, die sich hieraus erschließt, stehen auch nicht vereinzelte, mit einer parlamentarischen Demokratie prima facie systemkonforme Aussagen entgegen, da diesen der Charakter von offiziellen Schutzbehauptungen und taktischen Lippenbekenntnissen mit begrenztem Erkenntniswert zukommt, ... was sich sowohl aus der Gesamtkonzeption der „3 Säulen“ als auch aus der Distanzierung der NPD von „systemimmanenter Konkurrenzparteien“ erschließt.“

AUS DER PE DES BUVERFG: Der Erste Senat stellt eine verfassungswidrige Benachteiligung von Eltern auf der Beitragsseite der sozialen Pflegeversicherung fest. Er geht dabei davon aus, dass das Risiko, pflegebedürftig zu werden, jenseits der 60 deutlich und jenseits der 80 sprunghaft ansteigt. Pflegebedürftige sind deshalb auf die Pflegeversicherungsbeiträge der nachwachsenden Generation angewiesen. Auf Grund dieses Umlagesystems profitieren die Kinderlosen von der Erziehungsleistung der Eltern. Beide sind darauf angewiesen, dass genug Kinder nachwachsen, die in der Zukunft Beiträge zahlen und ihre Pfle-

ge finanzieren. Dies ist unabhängig davon, ob sie selbst Kinder erzogen und damit zum Erhalt des Beitragszahlerbestandes beigetragen haben oder nicht. Kinderlosen, die lediglich Beiträge gezahlt, zum Erhalt des Beitragszahlerbestandes aber nichts beigetragen haben, erwächst daher ein Vorteil. Zwar finanzieren sie mit ihren Beiträgen auch die Abdeckung des Pflegerisikos der beitragsfrei versicherten Ehegatten und Kinder mit. Insgesamt wird der Vorteil, den Kinderlose durch das Aufziehen der nächsten Generation erlangen, durch die Umlage für die Familienversicherten aber nicht aufgezehrt.

Verfassungsgericht urteilt zur Pflegeversicherung

Interessierte Rechenkünste statt Solidarität

Das Bundesverfassungsgericht hat am 3. April seine Entscheidung zur Pflegeversicherung veröffentlicht, die die Serie von Urteilen zur Familienfinanzierung in übler Weise fortsetzt. Wie oben dokumentiert, bringt das Gericht in die Beziehung der Generationen und innerhalb der Generation eine enorme Konfliktschärfe hinein. Die Kinderlosen leben nach Meinung des Gerichts auf Kosten derjenigen, die Kinder haben, und die Alten, vor allem wenn sie pflegebedürftig werden, auf Kosten der aktiven Bevölkerung.

Selbst wenn man sich auf diese Art der Betrachtung einlässt, sind die Berechnungen des Gerichts äußerst zweifelhaft. Das Gericht sagt, die einen erbringen einen Geldbeitrag in die Versicherung, die anderen bringen außerdem noch künftige Beitragszahler ein und haben daher größeren Aufwand. Das Gericht gesteht zwar ein, dass dafür innerhalb der Pflegeversicherung die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten und Kindern stattfindet, hält das allerdings nicht für relevant. Dass aber gesellschaftlich noch ganz andere Transfers stattfinden, die in eine solche Rechnung reingehörten, erwägt das Gericht nicht: Zahlen die „Kinderlosen“ nicht eventuell per Lohn- und Einkommensteuer einen überproportionalen Anteil von Kindergärten, Schulen ja hin bis zur Polizei und den Gefängnissen, in die Jugendliche gesteckt werden, deren Eltern sich nicht genug um sie kümmern? Und müsste bei einem Ausrechnen, wer Vorteile hat und wer Nachteile, nicht die sogenannte Leistungsfähigkeit, sprich die Einkommenshöhe berücksichtigt werden? Sicher ist es so, dass ein Akademikerehepaar mit Kindern, die von der Frau wenigstens einige Jahre zu Hause betreut werden, wahrscheinlich weniger Einkommen hat als ein Ehepaar mit gleicher Ausbildung, beide in der Berufsfron, ohne Kinder. Aber: das Akademikerpaar mit Kindern verfügt immer noch über ein bedeutend höheres Einkommen als ein Fabrikarbeiterehepaar ohne Kinder; ja dass sie Kinder haben

und die anderen nicht, liegt vielleicht gerade an diesem Einkommensunterschied. Und als Transfer betrachtet, findet eine Einkommensübertrag per Steuern und Versicherungen vom Fabrikarbeiter zum Akademiker statt.

Die Beispiele sollen zeigen, dass diese Art von Rechnungen als Grundlage für die politischen Entscheidungen sozialen Sprengstoff schafft, statt Benachteiligungen auszuräumen. Die Generationenabfolge wird in der Betrachtung des Gerichts nicht als Solidarsystem angesehen. Täte man das, würde klar, dass es um die Ansprüche der Kinder und der nachwachsenden Generationen geht: Sie brauchen ausreichend Mittel, also ein Kindergeld, das für ihr Leben reicht. Sie brauchen Betreuung und Erziehung, also vernünftig ausgestattete Einrichtungen in den Gemeinden. Wenn das Gericht politischen Druck in diese Richtung gemacht hätte, der allgemeine Beifall wäre ihm gewiss.

So aber ist ein ideologischer Beschluss zustande gekommen. Im Materiellen bringt er denen, die es tatsächlich bräuchten, nahezu nichts. Der Beitragsatz zur Pflegeversicherung beträgt 1,7 Prozent, d.h. bei 5000 DM Bruttoeinkommen 85 Mark, davon zahlt der Beschäftigte die Hälfte, also 42,50 DM. Welche Gestaltungsspielräume hier für eine Kinderermäßigung möglich sind, ist sofort ersichtlich: es sind immer weniger als die z.B. für nächstes Jahr vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes um 30 Mark je Kind.

Das Urteil des Gerichts ist vielleicht familienfreundlich, im Sinne einer reaktionären Vorstellung von Familie als Verband mit Oberhaupt, dem was zufließen soll. Es ist aber bestimmt nicht kinderfreundlich, denn für die Kinder kommt kein Anspruch raus. Es ist aber gewiss kinderlosenfeindlich und damit ein Eingriff in das Recht, sein Leben in den von der Gesellschaft sowie schon eng genug vorgegebenen Strukturen selbstbestimmt zu gestalten. (alk)

Milosevic hinter Gittern und die Selbstgerechtigkeit der Sieger

Warum die Friedensbewegung keinen Grund hat, ihre Meinung zu ändern

Von Peter Strutynski, Friedenspolitischer Ratschlag

Beim Gezerre um den früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic fühlt man sich an Gangstergeschichten aus dem Chicago der 20er- und 30er-Jahre erinnert. So mancher Gangsterboss landete damals hinter Gefängnismauern. Allerdings nicht wegen der von ihnen begangenen Kapitalverbrechen – die konnten die Ermittlungsbehörden in den seltensten Fällen nachweisen, weil oft genug die dafür notwendigen Zeugen rechtzeitig umgelegt wurden. Zum Verhängnis wurden ihnen vielmehr vergleichsweise kleine Gesetzesübertretungen wie etwa Steuervergehen oder Verstöße gegen das Alkoholverbot oder die Straßenverkehrsordnung. Milosevic ist vielfacher Kriegsverbrechen, ja sogar des Völkermords angeklagt – nicht in Jugoslawien, wohl aber beim Internationalen Sondertribunal in Den Haag. Das Problem besteht nun aber darin, dass der Arm des Tribunals nicht bis Belgrad reicht und die ihm zur Last gelegten Verbrechen von der jugoslawischen Justiz wohl kaum als Verbrechen eingestuft würden. Schließlich hat Milosevic jahrelang als gewählter Präsident und Vollstrecker der Staatsräson in Übereinstimmung und mit Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung die territoriale Integrität Jugoslawiens – und nach Dayton vor allem Serbiens – zu verteidigen gesucht. Selbst die Wahl seiner politischen und militärischen Mittel entsprach in den Augen vieler seiner Landsleute durchaus der kriegerischen Gesamtsituation.

Nach dem im Oktober letzten Jahres herbeigeführten Regimewechsel in Belgrad, der einen verhalten nationalistischen Präsidenten Kostunica und einen haltlos prowestlichen Ministerpräsidenten Djindjic an die Schalthebel der politischen Macht brachte, verlor dieses kollektive Einverständnis an Zugkraft. Der Westen, der die Auflösung Jugoslawiens und den Sturz Milosevics seit Jahren auf seine Fahnen geschrieben hatte, legte sich mächtig ins Zeug, um den wenig überzeugenden militärischen Sieg 1999

nun doch noch in einen vollständigen politischen Sieg zu verwandeln. Dazu musste Belgrad nur noch die ehemalige Staatsführung mit Milosevic an der Spitze an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausliefern. Um dies zu erreichen, zeigte man Belgrad die gängigen Folterwerkzeuge, die der Westen unterhalb der Schwelle der Kriegsdrohung anzuwenden beliebt: finanzielle und ökonomische Erpressung. Die US-Administration hatte der serbischen Führung ein Ultimatum gestellt: Entweder Milosevic wird bis zum 1. April verhaftet, oder die in Aussicht gestellte Finanzhilfe von 100 Millionen US-Dollar wird nicht überwiesen. Ministerpräsident Djindjic drohte seinen eigenen Landsleuten damit, die Regierung würde stürzen und das Land in Chaos versinken, wenn die amerikanische Finanzhilfe nicht käme.

In den frühen Morgenstunden des 1. April gelang es der neuen Staatsmacht, Milosevic in seiner Villa festzusetzen und ins Zentralgefängnis zu überführen. Der Verhaftung war eine 26-stündige Belagerung voran gegangen, in dessen Verlauf sich Leibwächter und Anhänger des ehemaligen Präsidenten mit Sondereinheiten der Polizei einen Schusswechsel lieferten. Unbestätigten Meldungen zufolge ist die Kommando-Operation der Polizei durch die jugoslawische Armee verhindert worden, die Soldaten zur Bewachung der „Residenz“ abgestellt hatte. Die Zeitung *Politika* berichtete, Generalstabschef General Nebojsa Pavkovic selbst habe damit die Festnahme Milosevics vereitelt. Fest steht jedenfalls, dass Milosevic erst nach langen Verhandlungen zur Aufgabe bereit war und sich der

Justizbehörde schließlich selbst gestellt hat. Präsident Kostunica soll zuvor das Versprechen abgegeben haben, Milosevic nicht an das Haager Tribunal auszuliefern.

Damit befolgt Kostunica nur die Verfassung Jugoslawiens, die eine Auslieferung von Staatsbürgern nicht vorsieht. Hinzu kommt, dass die gegen Milosevic erhobenen Anklagepunkte einen Prozess im eigenen Land erforderlich machen, geht es doch um ihm zur Last gelegte Delikte wie „Amtsmissbrauch“ und „Wirtschaftskriminalität“ bzw. Korruption. Sollte Milosevic verurteilt werden, droht ihm dafür eine Höchststrafe von fünf Jahren. Nicht genug in den Augen des serbischen Innenministers Dusan Mihajlovic, der die martialische Aktion maskierter Sicherheitskräfte in der Nacht vom 30. auf den 31. März angeordnet hatte. Nicht genug natürlich auch in den Augen des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic, der schon immer den Standpunkt vertrat, Milosevic gehöre als Hauptkriegsverbrecher vor das Sondertribunal in Den Haag. „Djindjic, der Pragmatiker“, so kommentierte die *Süddeutsche Zeitung*, „sucht die Nähe zum Westen. Er weiß um die Abhängigkeit seines Landes von internationalen Aufbau geldern, und er ist bereit, diese Finanzhilfe auch als Kopfgeld auf Milosevic zu akzeptieren. Deshalb scheute er sich nicht einmal vor der Pikanterie, die seinem serbischen Innenministerium unterstellten Polizeikräfte just an dem Tag zuschlagen zu lassen, an dem ein an Washingtoner Hilfsgelder geknüpftes Ultimatum abrief. Djindjic selbst dürfte, auch wenn er das nicht offen zu sagen

wagt, kein Problem damit haben, Milosevic wie gefordert an das Haager Tribunal auszuliefern.“ (SZ, 02.04.2001)

Auch die Vereinigten Staaten und die deutsche Bundesregierung dürften sich mit dem bisherigen Verlauf der Staatsaktion nicht zufrieden geben. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien vor zwei Jahren war schließlich nicht um den Kosovo geführt worden, sondern um den widerspenstigen Machthaber in Belgrad endgültig los zu werden. Die bürgerkriegsähnliche Situation im Kosovo diente als Vorwand, um das letzte „sozialistische“ oder sagen wir besser: „nicht westliche“ Regime in Europa zu beseitigen. Auch um von den eigenen Kriegsverbrechen abzulenken (und der Krieg selbst war schon ein Verbrechen gegen das Völkerrecht), musste das ideologische Kesseltreiben gegen den zum „Hitler des Balkan“ demonisierten Milosevic aufrecht erhalten werden. Ein Prozess gegen Milosevic – und nur gegen Milosevic – könnte auch das dem Westen ungelegene Auftreten der terroristischen UCK in Makedonien vergessen machen. Dabei dürfte es unerheblich sein, ob der Prozess ausschließlich in Belgrad oder – wie es Djindjic verspricht – „zunächst“ in Belgrad und „später“ in Den Haag stattfinden wird. In ersten Reaktionen haben Kroatien und die Vertreter der Kosovo-Albaner eine sofortige Auslieferung an das Kriegsverbrecher-Tribunal gefordert. Russland warnt dagegen vor einem solchen Schritt. Die Chefanklägerin des Tribunals, Carla del Ponte, und Vertreter von EU und Nato werteten die Festnahme als ersten Schritt hin zu einer Auslieferung Milosevics nach Den Haag und als wich-

DAS URTEIL STEHT SCHON FEST

Der Westen verlangt die Auslieferung Milosevics an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Ginge es bei diesem Internationalen Gerichtshof um die Aufklärung der Verbrechen, die mit und in den Kriegen der Zer teilung Jugoslawiens verübt wurden, wäre nichts einzuwenden. Ginge es nämlich um die Aufklärung von Kriegsverbrechen, dann müssten sich namhafte Vertreter westlicher Länder ebenso verantworten wie die jeweiligen politischen Führungen in den Republiken des zerteilten Jugoslawien, angefangen vom seinerzeitigen deutschen Außenminister Genscher, der mit der Anerkennung Kroatiens ein hohes Maß an Verantwortung für die nachfolgenden Bürgerkrieg trägt, bis hin zu den Staats- und Regierungschefs, Kriegs- und Außenministern der NATO-Länder, die mit dem Angriffskrieg auf Jugoslawien Völkerrecht brachen und die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts verletzten. Doch um Aufklärung und juristische Bewältigung geht es nicht.

Schon vor der Einrichtung des Kriegs-

verbrechertribunals war Serbien und für Serbien Milosevic als Ursache, alleinige oder doch fast alleinige Ursache der jugoslawischen Kriege verdammt. Ein gewichtiger Zweck seiner Einrichtung war, diese Verdammung in die Form des Rechts zu kleiden. Die Folgen dieser Ver gewaltigung des Rechts zur Legitimation gewaltamer Neuordnung Europas und der Welt sind noch nicht absehbar.

Milosevis Verurteilung, sollte er jemals vor dieses Kriegsverbrechertribunal gelangen, steht fest, lange bevor er in Den Haag eintrifft. Seine Anklage beinhaltet bereits den Schuld spruch; das zeigen auch die kurzen Presseauszüge. Zwar wird ihm, wenn er denn ausgeliefert wird, die Möglichkeit zur Verteidigung formell eingeräumt werden, doch tatsächlich bleibt die Wirkung einer solchen Verteidigung rein kosmetisch bleiben. Das Tribunal fungiert als Richter, Geschworene, Berufungsgericht und Anklagebehörde in einem, die sog. Weltöffentlichkeit als Lynchmob.

Auszüge aus der Presse vom 2.4.

„Die Vorwürfe, die Milosevic gemacht werden, laufen auf Amtsmissbrauch durch persönliche Bereicherung hinaus – also der berühmte Griff in die Portokasse, allerdings in eine üppig gefüllte ... Ob nicht nur der Dieb Milosevic bestraft wird, sondern auch der Staatsverbrecher, der vor mehr als einem Jahrzehnt Feuer an das balkanische Pulverfass gelegt hatte und direkt wie indirekt für den Tod Zehntausender verantwortlich ist, das könnte wieder zum Gegenstand von Streit in der jugo-serbischen Führung werden.“ (FAZ)

„Milosevic soll als ‚gewöhnlichem Kriminellen‘ der Prozess gemacht werden. Für die Opfer der vier Balkankriege ist dies bestimmt eine abstoßende Vorstellung. (...) ... lassen sich die verschiedenen Gründe für Prozesse gegen den Autokraten von gestern kaum getrennt betrachten. Milosevic hat seine Landsleute ausgeraubt, um die verheerenden Kriege zu finanzieren, für die er in Den Haag zur Verantwortung gezogen werden soll. Der Dieb Milosevic lässt sich vom mutmaß-

tigen „Beitrag für die Stabilität“ auf dem Balkan. Auch Bundesaußenminister Fischer, Frankreichs Staatspräsident Chirac und der britische Außenminister Robin Cook begrüßten die Entwicklung in Belgrad. Außenminister Fischer machte in Berlin deutlich, dass Deutschland weiterhin auf einer Überstellung von Milosevic an das Kriegsverbrechertribunal besteht. Ihnen allen scheint es allein auf das Ergebnis anzukommen: Ein Schuld spruch nicht nur wegen Amtsmisbrauch und Korruption, sondern auch wegen „Vertreibung“ und „Völkermord“ muss es sein! Die Welt am Sonntag formulierte ihre Erwartung folgendermaßen: „Wenn es der jugoslawischen Justiz gelingt, die jüngste Vergangenheit mit Hilfe rechtsstaatlicher Maßstäbe aufzuarbeiten, kann sie damit der ganzen Welt beweisen, dass das Land auf dem Weg nach Europa vorangekommen ist und in der Gemeinschaft der Rechtsstaaten einen berechtigten Platz hat.“ (*Die Welt am Sonntag*, 1.4.2001) Wir dürfen das doch dahingehend interpretieren: Jugoslawien ist erst dann in Europa angekommen, wenn es begreift, das Kriegsgeschehen auf dem Balkan und den Zerfall des eigenen Staates mit den Maßstäben der Sieger zu beurteilen. Diese Maßstäbe sind beileibe nicht dem Recht, schon gar nicht dem Völkerrecht entnommen.

Anlässlich des zweiten Jahrestags des Beginns des NATO-Kriegs haben zwei bekannte Hamburger Friedensforscher in einem offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten vom Parlament verlangt, dass der Krieg endlich „aufgearbeitet“ werden müsse. Der gängigen „selbstgerechten Betrachtung“ des Krie

lichen Kriegsverbrecher Milosevic nicht trennen.“ (*Tagesspiegel*)

„... auch die nicht-serbischen Opfer der jugoslawischen beziehungsweise serbischen Politik und die Welt in Gestalt der Vereinten Nationen haben ein Anrecht darauf, dass sich Milosevic für seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss. (...) Ohne einen Prozess in Den Haag gegen den Hauptschuldigen – aber keineswegs Alleinschuldigen – an vier Balkankriegen wäre das 1993 ad hoc eingesetzte Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien nur eine Episode im Völkerrecht – und keine Etappe auf dem mühsamen Weg von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zum ständigen Internationalen Gerichtshof. (...) Das UN-Tribunal braucht also Slobodan Milosevic.“ (*FR*)

„Es dürfte ... nicht schwer fallen, Milosevic Machtmissbrauch und Korruption nachzuweisen und ihn dafür mit der Höchststrafe von fünf Jahren zu belegen. Doch damit ist der Gerechtigkeit keinesfalls Genüge getan. (...) Denn die Hauptleidtragenden seiner Herrschaft waren nicht die Serben, sondern die Nachbar-

ges, die zwar das von Milosevic verantwortete Unrecht anprangert, dabei aber die eigenen Rechtsbrüche übersieht, stellen Dieter S. Lutz und Reinhard Mutz die Forderung entgegen, endlich eine umfassende völker- und verfassungsrechtliche Prüfung der deutschen Kriegsteilnahme einzuleiten. „Die Stärke des Rechts muss – so unser Anliegen – wieder an die Stelle des Rechts des Stärkeren treten!“

Die Friedensbewegung hat den NATO-Krieg von Anfang an als eindeutigen Bruch des Völkerrechts bekämpft, obwohl sie sich insgesamt nie mit der Politik Milosevics identifiziert hat. Sie täte gut daran, sich auch heute nicht mit der pauschalen Verurteilung Milosevics als dem „schlimmsten Kriegstreiber in Europa seit Hitler“ (so die *Hessische Allgemeine – Sonntagszeitung* – am 1.4.2001) gemein zu machen, sondern nach den internen und externen Ursachen der Balkankonflikte der 90er-Jahre sowie nach den Verlaufsformen der Gewaltspiralen in den Kriegen und Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien zu fragen. Diese Kriege hatten weit mehr als nur einen Vater.

Ein Tribunal, vor dem sich nur Milosevic zu verantworten hätte, nicht aber die Befehlshaber jener NATO-Bomber, die gezielt zivile Ziele in Jugoslawien angesteuert haben, die Brücken, Fabriken und Krankenhäuser bombardieren ließen und die die Parlamente und die Bevölkerung mit Lügen und Gräuelmeldungen zur Kriegsbereitschaft hin manipuliert haben – ein solches Tribunal würde wohl kaum der Gerechtigkeit dienen.

Quelle: www.uni-kassel.de/fb10/frieden

völker, die unter seiner Führung von den Serben mit vier Kriegen überzogen wurden. Das ihnen zugefügte Leid und Unrecht kann nur an einem Ort gesühnt werden: vor dem eigens dazu geschaffenen Kriegsverbrecher-Tribunal der Vereinten Nationen. Erst mit einer Überstellung Milosevics nach Den Haag ist die serbische Wende vollzogen.“ (*SZ*)

„Ließe man von der Forderung ab, den Diktator vors Kriegsverbrechertribunal zu stellen, brächte man sich selbst um die Früchte einer seit Dayton 1995 verfolgten Politik. Der internationalen Gemeinschaft gelang es ... eine konsistente Strategie für die Etablierung demokratischer Regierungen und für die wirtschaftliche Integration des gesamten Balkans zu entwickeln. (...) Den Haag ist der Platz für den Prozess gegen Milosevic. Dabei reicht es nicht, ihn wegen der Verbrechen im Kosovo anzuklagen – auch die Verbrechen in Bosnien und Kroatien müssen endlich gesühnt werden. In dieser Frage darf es keinen Kuhhandel geben.“ (*taz*)

(Eine ausführliche Zusammenstellung der Presse findet sich unter: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden>Welcome.html>

Krise zwischen USA und China verschärft sich

Forderung der VR Chinas nach Stopp der Waffenlieferung an Taiwan und Stopp der Spionageflüge sind gerechtfertigt

Die derzeitige Auseinandersetzung zwischen der VR China und den USA kommt nicht unerwartet. Sowohl die chinesische als auch die US-amerikanische Regierung haben in den vergangenen Monaten deutlich zu verstehen gegeben, dass sie beide am Ausbau ihrer politisch-ökonomisch Dominanz im asiatischen Raum arbeiten. Zwangsläufig ist da der Streit angesagt. Wer auch immer nun den Luftzwischenfall ausgelöst hat, er kommt gerade recht. Dabei ist es nicht der Antritt der Regierung Bush, der die Situation verschärft. Dieser setzt nur fort, was schon in der Clinton-Regierung Handlungsstrategie gegenüber der Politik Chinas in Asien war. Zwei Beispiele aus dem November letzten Jahres mögen das illustrieren.

Ende November fand in Brunei die Konferenz der Asean-Staaten statt. Dieser Staatenverbund wurde in Nachkriegszeiten von den USA initiiert, um den wachsenden Einfluss der VR China und der UdSSR in Asien einzudämmen. An der Tagung in Brunei nun nahm die VR China teil, sodass diese Konstruktion als Asean+1-Treffen in die politische Terminologie eingeführt wurde. Die USA wollten hier als Gegenpol zur VR China, dass Indien in dieses Konglomerat aufgenommen wird. Die Reaktion der chinesischen Regierung kam prompt. Den gewachsenen ökonomischen Einfluss in der Region ausnutzend, verhinderte die chinesische Delegation (obwohl nicht Mitgliedstaat der ASEAN) den Beitritt Indiens. Ein entscheidender Grund für die Ablehnung war, dass die Beteiligung Indiens als Atommacht den chinesischen Anstrengungen „zur Förderung der Errichtung einer Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität in der Region und insbesondere einer südostasiatischen atomwaffenfreien Zone“ (Xinhua 26.11.2000) abträglich wäre. Ein offener Affront gegen die USA, und die Reaktion folgte auf dem Fuße.

Der scheidende US-Präsident Clinton erließ im November das Gesetz über die „Zuweisung von Haushaltssmitteln für Auslandsaktivitäten, Exportfinanzierung und damit verbundene Programme 2001“. Mit seiner Unterschrift unter das Gesetz, das bereits vor Monaten erfolgt



reich beide Häuser des amerikanischen Parlaments passiert hatte, gab Clinton u.a. Mittel für Programme im Haushaltsjahr 2001 frei, die von der chinesischen Regierung als nicht hinnehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und Verletzung der allgemeinen Normen des internationalen Rechts angesehen werden. Darunter fällt die Finanzierung einer Kommission, die die Menschenrechtssituation in China überwachen und dem Kongress jährlich Bericht darüber erstatten soll, ebenso wie die Vergabe von amerikanischen Staatsmitteln an NGOs, die für eine Demokratisierung in China eintreten, oder die Bereitstellung von Mitteln an tibetische Flüchtlinge zum Ankauf von Land im nordindischen Exil.

Eine Bestimmung in dem Gesetz, die Konsultationen mit dem Kongress über amerikanische Waffenverkäufe an Taiwan vorsieht, wurde von der Kommission für Außenpolitik des Nationalen Volkskongresses (NVK) als antichinesisch und schwerwiegender Verstoß gegen amerikanisch-chinesische Vereinbarungen gewertet. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhu Bangzao betonte, mit diesem Gesetz unterstützten die USA Separatisten und andere China feindlich gesonnen Elemente, mischten sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein und instrumentalisierten die Themen Taiwan, Menschenrechte und Tibet, um den Interessen Chinas schweren Schaden zuzufügen.

In einer Erklärung wandte sich ein Sprecher der Kommission für Außenpolitik des NVK insbesondere gegen die Taiwan betreffenden Bestimmungen, die einen schwerwiegenden Verstoß gegen das gemeinsame Communiqué der USA und der VR China vom 17. August 1982 darstellten, mit dem sich die USA verpflichtet hatten, nicht längerfristig Waffen an Taiwan, zu verkaufen, Qualität und Quantität der an Taiwan gelieferten Waffen auf dem Niveau der ersten Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China einzufrieren und schrittweise bis zu einer endgültigen Lösung des Problems zu reduzieren. Im Gegensatz zu ihrer Verpflichtung aus diesem Kommuniqué hätten die USA in den letzten Jahren keineswegs ihre Waffen-

lieferungen an Taiwan eingestellt, sondern vielmehr sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgeweitet, was nicht nur zur Stärkung der „Arroganz“ derjenigen Kräfte in Taiwan beigebracht habe, die für eine Unabhängigkeit der Insel einetreten, sondern auch zu einer gespannten Lage geführt habe und die friedliche Wiedervereinigung behindere.

Transportrouten und Rohstoffquellen

Nicht zufällig fand der Luftzwischenfall gerade über dem Chinesischen Meer statt.

Die Gegend ist Schauplatz eines Konfliktes, der in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu militärischen Zwischenfällen zwischen China und seinen südostasiatischen Nachbarn geführt hat. Anlass ist der Streit um die Besitzrechte von mehr als 200 Inseln, Riffen und Felsen, die Teil der Inselgruppen Paracels und Spratlys sind. Die Amerikaner haben die Bedeutung dieser Auseinandersetzung zur Ausnutzung ihrer Interessen früh erkannt und wirken entsprechend. Um jede Bewegung dort besser kontrollieren zu können, deshalb auch die häufigen Spionageflüge in der Region.

Die Bedeutung dieser Inseln liegt in ihrer strategischen Lage und ihrem möglichen wirtschaftlichen Potenzial. Von zentraler Bedeutung ist, dass die beiden Inselgruppen inmitten von wichtigen internationalen Schifffahrtstrassen liegen. Nach Schätzungen wird ein Viertel des per Schiff transportierten Welthandels durch das

Südchinesische Meer transportiert. Allein achtzig Prozent der japanischen Ölimporte werden durch diese Gewässer angeliefert. Für eine große Seemacht wie die Vereinigten Staaten spielt zudem eine Rolle, dass die Route durch das Südchinesische Meer die schnellste Verbindung vom Pazifik

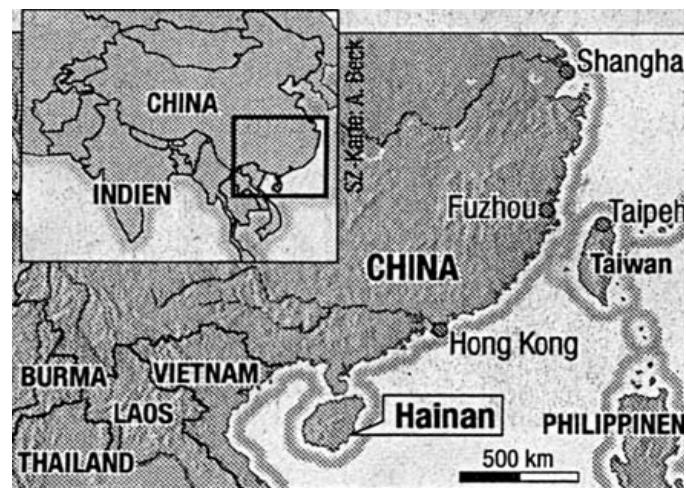
in den Indischen Ozean darstellt.

Großes Interesse hat man in Asien auch an den Rohstoffvorkommen, die in der Umgebung der Inseln vermutet werden. Schätzungen gehen von mehreren Millionen Tonnen Erdöl und Erdgas aus. Zwar ist unklar, ob sich eine Ausbeutung der Vorkommen überhaupt lohnt, da sie teilweise in großer Tiefe liegen. Mehrere Anrainerstaaten haben jedoch schon Bohrkonzessionen an große internationale Ölfirmen vergeben. Vor allem die VR China scheint zu hoffen, dass sie hier zusätzliche Quellen zur Deckung seines ständig steigenden Energiebedarfs erschließen kann. Auch die reichhaltigen Fischgründe im Südchinesischen Meer stellen einen interessanten wirtschaftlichen Faktor für die meist unterentwickelten Volkswirtschaften der Anrainerstaaten dar.

All dies hat dazu geführt, dass insgesamt sechs Länder Ansprüche auf das Gebiet erheben. China, Taiwan und Vietnam beanspruchen die Hoheit über alle Paracel- und Spratly-Inseln; die Philippinen, Malaysia fordern Teile der Spratlys für sich. Auch Indonesien ist mittelbar in den Konflikt verwickelt, weil sich der chinesische Anspruch mit der 200-Meilen-Wirtschaftsonderzone um die indonesische Insel Natuna überschneidet. Dort liegt eines der größten Erdgasvorkommen der Welt.

Die VR China glaubt in der Auseinandersetzung am längeren Hebel zu sitzen. Zum einen glaubt sie nicht, dass die USA mit Wirtschaftssanktionen hantieren werden, weil die Abhängigkeit vieler US-amerikanischer Unternehmen vom chinesischen Markt zunimmt. Zum anderen glaubt die chinesische Regierung, dass die asiatischen Staaten keine politische oder gar militärische Krise (z.B. in der Taiwan-Frage) in der Region dulden werden und ihren Einfluss dahingehend bei der US-Regierung geltend machen. Insofern können auch die berechtigten Forderungen der VR Chinas auf Einhaltung der Verträge, also keine Waffenlieferung an Taiwan und sofortiger Stopp der Spionageflüge, auf Unterstützung in der Region rechnen.

hav





Belgrad: Proteste gegen Djindjic-Regierung

Etwa 3000 Anhänger des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević haben in Belgrad gegen dessen Inhaftierung demonstriert. Die Demonstranten hatten sich am vergangenen Sonntag vor dem Sitz der serbischen Regierung versammelt und das regierende DOS-Bündnis beschimpft. Ministerpräsident Zoran Djindjic bezeichneten sie als einen „NATO-Söldner und Verräter“.

Auf Miloševics Anweisung wählte die oppositionelle Sozialistische Partei Serbiens, deren Chef Miloševic ist, am Sonntag einen vorläufigen stellvertretenden Parteivorsitzenden. Es ist der ehemalige jugoslawische Außenminister Zivadin Jovanović. Miloševic bleibt weiter Parteipräsident. Gegen Jovanović wurde am gleichen Tag Strafanzeige wegen Amtsmissbrauchs in seiner Ministerzeit erstattet.

Kritik an einem geplanten Gesetz über eine Zusammenarbeit mit dem UNO-Tribunal, das eine Überstellung Miloševics nach Den Haag ermöglichen würde, äußerte unterdessen die an der Regierung beteiligte Sozialistische Volkspartei (SNP) Montenegros.

SNP-Parteichef Bulatović forderte, mutmaßliche serbische Kriegsverbrecher müssten sich vor jugoslawischen Gerichten verantworten. Die SNP werde deshalb im jugoslawischen Parlament gegen das Gesetz stimmen.

Proteste gegen Regierung und IWF in Istanbul – In Istanbul demonstrierten am letzten Wochenende Tausende gegen die Wirtschaftskrise in der Türkei. Die Demonstranten forderten den Rücktritt der Regierung. Hintergrund für die zunehmende Krise in der Türkei ist u.a. das Wirtschaftsprogramm, das der Internationale Währungsfonds dem Land aufgenötigt hat. (Bild: ND)

Montenegro: Vier Bündnisse formieren sich vor Parlamentswahlen

Vier Koalitionen und neun Parteien haben sich bei der Wahlkommission für die vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. April registrieren lassen. Montenegros Wähler müssen sich aber für oder gegen Jugoslawien entscheiden. Nach dem Votum vom Mai 1998 finden schon zum zweiten Mal vorgezogene Parlamentswahlen in der jugoslawischen Republik Montenegro statt.

Dem vom Westen unterstützten Präsidenten Milo Djukanovic und seiner Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) geht es gar nicht um mehr Rechte und Gleichberechtigung innerhalb der jugoslawischen Föderation, sondern um die Unabhängigkeit der Republik. Konnte sich die DPS bei den letzten Wahlen noch auf eine breite Koalition und die Unterstützung der Parteien der Albaner und der Moslems als Miloševics Gegner stützen, so steht heute nur noch die nationalistische Sozialdemokratische Partei (SDP) an ihrer Seite. Gemeinsam haben sie das Wahlbündnis „Der Sieg gehört Montenegro“ gebildet und versprechen ihren potenziellen Wählern nach der Wahl ein Referendum über den zukünftigen Status Montenegros. Dabei lassen sie keinen Zweifel daran, dass ihr Ziel Unabhängigkeit heißt.

Diesem Bündnis steht die Koalition „Gemeinsam für Jugoslawien“ gegenüber. Sie wird von der neuformierten Sozialistischen Volkspartei (SNP), die den

jugoslawischen Ministerpräsidenten Zoran Zivadinov stellt, der Volkspartei (NS), die aus der jetzigen Regierung ausgeschieden ist, und der Serbischen Volkspartei (SNS) gebildet. Weitere Wahlbündnisse sind die „Kommunistischen und Arbeiterparteien für Jugoslawien und die Macht der Arbeiterklassen“ und die „Bosnisch-moslemische Koalition in Montenegro“. Zu beachten sind noch die beiden albanischen Parteien, der Demokratische Bund und die Demokratische Union der Albaner, denen es allerdings nicht gelungen ist, ein Wahlbündnis zu bilden.

Rau sprach vor EU-Parlament

Bundespräsident Johannes Rau fordert als Konsequenz aus der Skepsis vieler Bürger gegenüber der Europäischen Union (EU) eine umfassende Neuordnung der Gemeinschaft und eine europäische Verfassung. Rau sagte am Mittwoch in einer Grundsatzrede vor dem EU-Parlament in Straßburg, viele Menschen hätten Sorgen, weil sie den komplizierten Einigungsprozess nicht durchschauten. Die Antwort darauf sei eine europäische Verfassung. Diese muss nach Ansicht des Staatsoberhauptes die EU klar strukturieren und verhindern, dass die EU zum „zentralistischen Superstaat“ wird. Die PDS-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann begrüßte Raus Vorschlag zur Einrichtung eines Konvents, an dem Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments gleichberechtigt mit den Vertretern der Regierungen Vorschläge für die Gestaltung der Zukunft Europas entwickeln sollen. Notwendig sei zugleich eine breite öffentliche Debatte darüber. Die Zukunft Europas dürfen nicht auf Markt und gemeinsame Währung begrenzt bleiben.

IPU-Konferenz: Castro warnt vor neuem Kalten Krieg

In Havanna fand die 105. Konferenz der Interparlamentarischen Union statt. In Kubas Hauptstadt berieten über 1400 Abgeordnete aus 120 Ländern über Abrüstung, Weltwirtschaft und soziale Entwicklung. Die Parlamentarische Vereinigung trifft sich zweimal jährlich. Kubas Präsident Fidel Castro warnte auf der Konferenz vor der Gefahr eines neuen Kalten Krieges und eines neuen Wettrüsts. „Am Horizont zeichnet sich die Möglichkeit eines Kalten Krieges ab, der ein verzweifeltes Wettrüsten auslösen könnte, da derzeit weder eine der großen Nationen noch ein Staatenbund freiwillig zur Abrüstung bereit sind“, so Castro. Er kritisierte, dass keine USA-Delegation nach Havanna gekommen sei. „Das nordamerikanische Parlament hätte wenigstens die Gelegenheit gehabt, sich darüber zu informieren, was andere denken.“

Zusammenstellung: hav

WIDERSTAND

HAMBURG. Am 1. April fand in der Roten Flora eine Veranstaltung mit Rechtsanwältin und Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD Istanbul Eren Keskin statt. Obwohl die Veranstaltung leider nur sehr kurzfristig bekannt wurde, waren 200 Leute gekommen, darunter auch viele deutsche Teilnehmer. Frau Keskin berichtete über die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei, von denen sich viele seit nunmehr 170 Tagen in einem Todesfassen befinden. An den Bericht von Eren Keskin, die sich trotz Drangsalierung und wiederholter Inhaftierung unermüdlich für die Rechte der Gefangenen einsetzt, schloss sich eine angeregte Diskussion an. – Am 21. März starb der hungerstreikende Gefangene Cengiz Soydas in Ankara. Kurz darauf verkündete Justizminister Türk, dass die Regierung der Forderung nach einem Stoppt der Verlegung in Einzel- oder Dreierzellen nicht nachkommen werde und rief alle streikenden politischen Gefangenen auf, ihre Aktion abzubrechen. Am 7. April und 8. April starben zwei weitere Hungerstreikende. Nach Angaben der türkischen Menschenrechtsvereinigung sind mehr als 100 Häftlinge vom Tod bedroht. Die Angehörigen rufen die demokratische Öffentlichkeit in Europa zur Solidarität auf.

Lokalberichte Hamburg, Kurdistan Rundbrief



Erich-Mühsam-Preis für Mumia Abu-Jamal – 12. Mai weltweite Aktionen

LÜBECK. Den mit 5.000 Mark dotierten Erich-Mühsam-Preis erhält in diesem Jahr Mumia Abu-Jamal. Der Lübecker Galerist Frank-Thomas Gaulin stiftet diesen Preis alle zwei Jahre für Ideen und Werke im Sinne Mühsams. Die Jury schreibt: „Mit der Preisverleihung soll die Forderung von amnesty international nach einem neuen Prozess unterstützt werden, damit alle Beweise zugelassen werden und auf diese Weise die Unschuld Mumia Abu-Jamals bewiesen werden kann.“ Die Preisverleihung findet am 27. Mai 2001 im Rahmen einer öffentlichen Feier statt. Gleichzeitig wird im Buddenbrook-Haus dann die neue „Edition Mumia Abu-Jamal“ präsentiert. Im Mittelpunkt steht eine Mumia-Biographie in deutscher Sprache „On a move“ des amerikanischen Autors Terry Bisson. Daneben erscheinen die Bücher von Abu-Jamal „...aus der Todeszelle“ und „Ich schreibe um zu leben“ in neuer Auflage. – Für den 12. Mai rufen weltweit Unterstützungsgruppen zu einem Aktionstag auf. Und am „Tag X“, dem 1. Tag, an dem Mumia zur Anhörung vor Gericht erscheint, wird es eine große Mobilisierung geben. „The whole world is watching!“ www.mumia.de und freieheitfuermumia.de

Pyjama-Aktion für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen

FRANKFURT/MAIN. Am 24. März fand um 11.00 Uhr die erste Pyjama-Aktion von Bürgerinitiativen gegen die drohende Flughafenerweiterung und für ein Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr in der Abflughalle A des Terminals 1 des Frankfurter Flughafens statt. Mehrere hundert Menschen, darunter viele Familien mit Kindern, demonstrierten friedlich, aber entschlossen gegen die ständige, nächtliche Ruhestörung durch Flug-

lärm, insbesondere gegen den Hauptröhrener Deutsche Lufthansa. Die Protestierenden packten Pyjamas, Schlafsäcke und Isomatten aus, um ihren nächtlichen Schlaf nachzuholen, den ihnen die Fluggesellschaften, an erster Stelle die Deutsche Lufthansa, nachts rauben. Ein reichliches Angebot von gut 100 Sicherheitskräften gegenüber 500 Demonstranten machte erneut deutlich, dass die andere Seite mit neuen, intelligenten Protestformen nicht recht umzugehen weiß, betonte ein Sprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen. Im Verlauf der Aktion wurde in der Abflughalle A (Lufthansa Check-In) nicht mehr abgefertigt. Die Passagiere mussten direkt an den Abfluggates einschecken. Die von den Demonstranten verteilten „Flugtickets“ mit Informationen über das Fluglärmproblem in fünf Sprachen stießen auf großes Interesse. BI 24.3. – Fotos: Volker Pagel www.flughafen-bi.de/



Bundesweites Treffen in Leipzig von Gruppen gegen Abschiebehäft

LEIPZIG. Am 7./8. April kamen mehr als 30 Abschiebehäftinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik nach Leipzig. Unter anderem richteten sie heftige Kritik an die Adresse der Bundesregierung: „Diese setzt die restriktive Politik der Vorgängerregierung beim Thema Abschiebung und Abschiebehäft fort. Selbst das vage Versprechen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, die Abschiebehäft im Lichte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu überprüfen, ist nicht einmal im Ansatz erfüllt worden. Die Initiativen wollen nicht länger hinnehmen, dass die Situation in der Abschiebehäft zu Verzweiflungsstadien der inhaftierten Menschen, wie Hungerstreiks und Suiziden, führt. Sie vereinbarten eine engere Kooperation der Flüchtlingsinitiativen und Menschenrechtsgruppen.“ www.fluechtlingsrat-lpz.org/ashg/texte.htm

„Marburger Bündnis gegen Rechts“ protestiert gegen Burschenschaften

MARBURG. In den letzten Politischen Berichten dokumentierten wir den Aufruf zur Demonstration am 7. April (S. 13). Von dieser Aktion wurde u.a. folgendes berichtet: „Gegen den Burschenschaftstag protestierten am Samstag Morgen ca. 450-500 Menschen friedlich vor der Stadthalle. Danach gab es noch eine Spontandemonstration in die Oberstadt zum Haus der Normannia-Leipzig, Mitgliedsburschenschaft in der Deutschen Burschenschaft, und wieder zurück zur Stadthalle. Die massiv präsente Polizei war sichtlich überfordert und reagierte mit völlig unangemessener Härte auf den friedlichen Protest. Des weiteren wurden drei Personen in Gewahrsam genommen und erst am späten Nachmittag wieder freigelassen. Fünfzig weitere wurden ohne Begründung oder vorherige Ankündi-

gung vor der Stadthalle eingekesselt und erst nach 1,5 Stunden wieder freigelassen. Von allen wurden die Personalien festgestellt und Videoaufnahmen angefertigt. Trotzdem sehen wir als VeranstalterInnen die breiten und vielfältigen Protestaktionen als vollen Erfolg und streben an, die Aktionen gegen das Korporationswesen in der Stadt weiter zu verstärken.“ www.info.partisan.net

Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus beschließt Plattform

KIEL. Am 14. März endete am Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel eine mehrere Monate andauernde Diskussionsphase über das Selbstverständnis und die politische Plattform dieses antifaschistischen Bündnisses: Die Kieler Erklärung gegen Rassismus und Faschismus wurde verabschiedet. Vorangegangen waren Beschlüsse in den Kieler Vorständen von IG Metall, DAG, ÖTV und IG Medien, den letzten Arbeitsgruppenentwurf mit einigen Änderungen zu unterstützen. Diese Erklärung bildet ein sicheres Fundament für die zukünftigen Aktivitäten des Runden Tisches. Auch die anderen (bisher) nicht am Runden Tisch vertretenen Einzelgewerkschaften im Kieler DGB werden sich wohl noch damit befassen. Überraschend flexibel zeigte sich der Maiausschuss des DGB: Dem Wunsch des Runden Tisches nach einem Redebeitrag auf der Kundgebung am 1. Mai wurde stattgegeben.

www.sozialismus-jetzt.de/linx-01-07

Differenzen zu Ostermarschaufruf

BERLIN. Die Vorbereitungen zum Ostermarsch in Berlin sind nach letzten Meldungen mit bestimmten Meinungsverschiedenheiten belastet. Die in der Berliner Friedenskoordinierung zusammengeschlossenen Organisationen und Initiativen rufen dessen ungeachtet zum Ostermarsch am 16. April um 13 Uhr am Brandenburger Tor auf. Einwände gegen den Aufruf zur Vorbereitung des Marsches bringt die Berliner PDS in die Diskussion. Die Unterzeichner des Aufrufes „Kriege verhindern – Angriffskräfte auflösen“, der von einer Reihe Friedensgruppen wie der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Friedensrat, Pax Christi, Kampagne gegen Wehrpflicht, Internationale Liga für Menschenrechte, gewerkschaftlichen Initiativen, der DKP, dem Marxistischen Arbeitskreis in der Berliner SPD u.a. unterzeichnet wurde, fand im Landesvorstand der PDS keine Unterstützung. Der Aufruf enthalte Formulierungen, die schwer verständlich seien. Die PDS unterstützte alle Osteraktivitäten, habe jedoch Vorbehalte gegen den von der Friedenskoordinierung vorgelegten Aufruf. Der Sprecher des Landesvorstandes erklärte, dass der Vorstand den Osterspaziergang der Bürgerinitiative FREIE HEIDE unterstütze. Die Teilnahme an der Aktion gegen das Bombo-

drom sei eine konkrete Friedensaktion. Das bedeutet keine Ablehnung des Ostermarsches. Eine konkrete Begründung für die vorhandenen Einwände wurde jedoch nicht gegeben werden. abe

Repression gegen Wagenburgler

BERLIN. In der Nacht vom Mittwoch, 28. März, zum Donnerstag ließ die Polizei vier Fahrzeuge der Wagenburg „Laster & Hänger“, die vor der Kirche St. Michael an der Dresdener Straße Ecke Waldemarstraße geparkt waren, abschleppen. Die Polizeibeamten werfen den Haltern der Fahrzeuge einen Verstoß gegen § 11 des Berliner Straßengesetzes, „Nächtigen und Lagern im öffentlichen Straßenraum“, vor. Die Kirchengemeinde St. Marien-Liebfrauen gewährt den Wagenburglern seit dem 26. März Kirchenasyl, da sie von der Polizei seit dem 29. November 2000 daran gehindert werden, in ihren Wagen zu nächtigen. Obwohl die Polizeibeamten darauf hingewiesen wurden, dass die Wagen zu allgemeinen Verkehrszielen lediglich geparkt waren, da die WagenbewohnerInnen vorübergehend ihr Obdach in der St. Michaelkirche gefunden haben, ließ die Polizei die Fahrzeuge gegen 0:40 Uhr abschleppen.

www.Indymedia.de

Erneut Anschlag auf ein Mahnmal

GERA. Das Denkmal „Den Opfern des Faschismus“ im Geraer Küchengarten ist erneut geschändet worden. Am Wochenende 30.3.-1.4.2001 wurden der Frauenfigur die Hände abgeschlagen (oder sollte man sagen abgehackt?). Auch die erst wieder restaurierte Fahne blieb nicht verschont, nach einer früheren mutwilligen Beschädigung wurde die Spitze wieder zerstört. Außerdem wurde das Denkmal mit leeren Flaschen beworfen. Laut TLZ vom 3. April schließt die Polizei einen politischen (und damit einen rechtsradikalen) Hintergrund aus. Diese Haltung kritisiert das Bündnis gegen Rechts Gera. Es weist nochmals nachdrücklich auf eine ganze Reihe von Anschlägen und

Schändigungen an verschiedenen Denkmälern und Gräbern in Gera seit 1997. „Wir meinen, dies alles sind nicht etwa die „Auswüchse“ von geistig Verwirrten, Einzeltätern oder etwa saufenden Vandalen. Nein, es verbirgt sich dahinter bitterster Ernst und Methode. Es reiht sich ein in die Ideologie aus Antisemitismus, Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit, die sich die Rechtsextremisten auf die Fahnen geschrieben haben.“

www.buendnis-gegen-rechts-gera.de

Gemeinnützigkeit von Greenpeace und Robin Wood gefährdet

HANNOVER. Robin Wood kritisiert die Forderung verschiedener Innenminister, die Gemeinnützigkeit von Robin Wood und auch Greenpeace zu prüfen. „Mit der Protestaktion gegen den Castor-Transport ist es eindrucksvoll gelungen, ein Zeichen gegen die Produktion und den Transport gefährlichen Atommülls zu setzen. Damit hat die Diskussion um den völlig unzureichenden Atomkonsens neuen Auftrieb erhalten. Die Innenminister versuchen, von dieser notwendigen inhaltlichen Debatte abzulenken und die Umweltbewegung insgesamt in Misskredit zu bringen“, erklärt Jürgen Sattari, Vorstandssprecher von Robin Wood.

www.umwelt.org/robin-wood/german

Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen



Tribunal zur Lage der Menschenrechte in Nigeria vom 26. – 28.4.

BREMEN. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen schreibt in ihrer Einladung: „In den Augen einer breiten Öffentlichkeit ist die jüngere Geschichte Nigerias beispielhaft für den Übergang einer postkolonialen Diktatur hin zu einer jungen Demokratie. Das bislang durch Militärherrschaft, brutale Menschenrechtsverletzungen und tief sitzende Korruption geprägte westafrikanische Land soll aus Sicht des Auswärtigen Amtes mittlerweile so sicher sein, dass asylsuchende Flüchtlinge unabdingbar dorthin abgeschoben werden können. Jedoch gibt es auch kontroverse Auffassungen über den gegenwärtigen Demokratisierungsprozess. Das Tribunal will die verschiedenen Ansichten über die derzeitige Menschenrechtslage und den Prozess der Demokratisierung in Nigeria analysieren und erörtern. Dabei sollen alle Seiten zu Wort kommen. Aufgrund der Komplexität der zu verhandelnden Thematik wird das Tribunal in mehreren Konferenzen abgehalten. Vom 26. – 28. April 2001 findet in Bremen eine erste Anhörung von verschiedenen VertreterInnen der nigerianischen Oppositionsbewegung statt. Dort wird dann der nächste Konferenztermin festgelegt.“

www.humanrights.de



Obwohl die NPD in der Öffentlichkeit weithin diskreditiert ist, setzt die Partei weiter auf eine Mobilisierungsstrategie. Sie will am 1. Mai in Städten wie Augsburg, Berlin, Dresden, Essen, Frankfurt und Mannheim demonstrieren. Über die sofort begonnenen Proteste in Frankfurt/Main berichteten wir in den Politischen Berichten Nr. 6. Hier ein weiterer Bericht aus Essen.

In den neuen Ländern rechnet sich die Partei nach wie vor Wahlchancen aus – siehe Bürgermeisterwahlen sächsische Schweiz. Daneben arbeitet man an der Installation eines Märtyrerkultus.

Breites Bündnis gegen geplante NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Essen

„Es reicht! NPD-Aufmarsch verhindern!“

ESSEN. Als nackte Provokation betrachten viele die Absicht der NPD, ausgerechnet am 1. Mai in Essen zu demonstrieren. Entsprechend breit ist das Bündnis „Essen gegen Rechts“, das sich gebildet hat. Innerhalb von noch nicht einmal zwei Wochen wurde der vom DGB initiierte Aufruf für Aktionen am 1. Mai von über 30 Initiativen, antifaschistischen Organisationen und Parteien unterstützt. Aufgerufen wird ab 10.00 Uhr zu Demonstration und Kundgebung des DGB und ab 14.00 Uhr zum Internationalen Mai-Fest der Zeche Carl, das dieses Jahr unter dem Motto „United Cultures“ steht. Darüber hinaus rufen die Unterzeichner zu „Widerstandsaktionen“ in den Stadtteilen auf.

Auch der Oberbürgermeister, CDU und FDP gaben ihre Zurückhaltung vom letzten Jahr auf und unterschrieben den Aufruf. Das breite Bündnis soll Druck machen, nicht nur am 1. Mai, sondern gerade auch im Vorfeld. Auch der Stadtrat hat eine Resolution verabschiedet, die ein Verbot der NPD-Demonstration fordert – einstimmig, d.h. mit den Stimmen der REP, die die NPD wohl eher als rechtsradikale Konkurrenz sehen, denn als Gegner.

Tatsächlich sind die Chancen für ein Verbot des NPD-Aufmarsches nicht schlecht. Der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes von NRW hat sich erst vor wenigen Tagen dafür ausgesprochen, alle Aufmärsche von Neonazis zu verbieten, weil sie von einem „Bekenntnis zum Nationalsozialismus“ geprägt sind. Das Bundesverfassungsgericht hat im Januar das Verbot eines rechtsradikalen Aufmarsches am 27.1.2001 bestätigt, dem Holocaust-Geedenktag. Danach kann das Demonstrationsrecht eingeschränkt werden, wenn ein Gedenktag durch rechtsradikalen Aufmarsch erheblich gestört wird. Das sieht der DGB auch für den 1. Mai gegeben. Am 1. Mai 1933 schalteten die Hitler-Faschisten die Gewerkschaften in der Deutschen Arbeitsfront gleich, am nächsten Tag wurden sie verboten. Etliche Gewerkschafter wurden in den KZs umgebracht.

Die NPD will auch provozieren, das wird ganz deutlich. Ihr Aufruf richtet sich sozialdemagogisch „gegen kapitalistische Globalisierung“, um dann bei der

„Wiedereinsetzung der Nationalstaatlichkeit“ zu landen. Was das heißt? Der NPD-Vorstand überschrieb eine Presseerklärung kurz mit der Forderung „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ – der alte, rassistische Unfug. Die Route, die die NPD angemeldet hat, geht vom Admiral-Scheer-Platz am Saalbau in die Innenstadt, wo sie auf dem Innenstadtring weiterführt. Der DGB wurde bei seiner Kundgebung auf dem Kennedyplatz faktisch weitläufig eingekreist. Es kommt jetzt darauf an, den Druck für ein Verbot des NPD-Aufmarsches zu erhöhen. Das geht am besten durch eine breite, öffentliche Diskussion. Es ist schon merkwürdig, dass WAZ und NRZ es unter Berufung auf ihre Unabhängigkeit abgelehnt haben, den Aufruf zu den Aktionen gegen die NPD am 1. Mai zu unterschreiben. In Köln druckte die Presse kostenlos ganzseitig Plakate zur antifaschistischen Demonstration ab.



ze in den Stadtteilen Kundgebungen anmeldet. Sie blockieren die Möglichkeiten zur Verlegung des NPD-Aufmarsches und können Treffpunkt dafür sein, um auch im Stadtteil deutlich zu machen: Hier ist kein Platz für die NPD!

Auch der Polizeipräsident, der ein Verbot prüft, bereitet sich gleichzeitig darauf vor, dass der NPD-Aufmarsch möglicherweise gerichtlich erlaubt wird. Nach Ostern sollen Polizisten zum Multimedia-Unterricht in die Schulen gehen. Der Zweck: Den Schülern beibringen, wie sie „richtig“ demonstrieren. Und d.h. nach Erfahrungen aus Dortmund vor allem, sich nicht von Autonomen „einspannen“ zu lassen. So wird munter drauf los gespalten in „anständige“ und „unanständige“ Antifaschisten – und der NPD in die Hände gespielt, deren menschenverachtende Positionen womöglich gar nicht mehr das Thema sind. Auch das darf nicht gelingen!

Wolfgang Freye

Demonstration am 12. Mai

„Neuhaus darf nicht zur nationalbefreiten Zone werden!“

NEUHAUS/RENNWEG/THÜRINGEN. Am 26. März fand, unterstützt von der Bürgermeisterin, eine Veranstaltung der LAG Antifaschismus/Antirassismus Thüringen in Neuhaus gegen Rassismus und Neofaschismus statt. Hauptreferent war Jörg Fischer, Exnazi. Ca. 75 BürgerInnen – ein Prozent der EinwohnerInnen – beteiligten sich engagiert an der Diskussion. Einige anwesende Rechte blieben ruhig. Es wurde in der Diskussion deutlich, dass gegenüber dem Thema eine hohe Sensibilität und Betroffenheit herrscht, dass aber die Angst konkretes Handeln und sich öffentlich Positionieren behindert bzw. verhindert. Die Bürgermeisterin will den Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus unterstützen. Zu mehr als einem Stadtfest gegen rechte Gewalt am 5. Mai konnte sich die Stadt aber bisher nicht entschließen.

Am Rande der Veranstaltung wurde deutlich, dass Neuhaus nicht nur der alljährliche Wallfahrtsort der Thüringer und fränkischen Neonazis ist, sondern dass oft Jugendliche und andere, die der rechten Szene nicht passen, bedroht und sogar verprügelt werden. Das zuständige Ordnungsamt – Sonneberg – sieht aber nach wie vor keinen Handlungsbedarf. Wie in den letzten sechs Jahren wollen sie wieder ermöglichen, dass die Neonazis am 12. Mai in Neuhaus aufmarschieren. Gleichzeitig versuchen sie, treu nach dem Saalfelder Muster, die Kooperationsgespräche mit den Anmeldern der Antifa-Demo platzen zu lassen, um ihnen dann fehlende Kooperationsbereitschaft vorwerfen zu können und sich vielleicht Argumente für ein Verbot zu verschaffen.

Wer nicht will, dass Neuhaus entgültig zur national befreiten Zone verkommt und anders denkende und anders aussehende Menschen noch mehr den Drohungen und Übergriffen der Nazis ausgesetzt werden, muss dafür sorgen, dass die Gegendemonstration am 12. Mai machtvoll wird. Die schlechte Beteiligung der letzten Jahren darf sich nicht wiederholen, andernfalls können die Nazis davon ausgehen, dass sie in Neuhaus freie Bahn haben.

Ich appelliere an alle Thüringer (und anliegende) antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, die Antifa-Demonstration (nicht nur durch die Unterschrift) zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass am 12. Mai in Neuhaus deutlich wird, dass Nazis dort und anderswo nichts zu suchen haben. Wir dürfen nicht in den Städten gegen Neofaschismus und Rassismus agieren und das „Hinterland“ den Neonazis überlassen – genau darauf setzen sie.

Angelo Lucifer



Aufruf zur Demonstration

Am 12. Mai wollen die Nazis in Neuhaus wieder einmal den Tod ihres „Märtyrers“ Sandro Weilkes nutzen, um ihre menschenverachtenden Parolen auf die Straße zu grölen. Nach der medialen Empörung des Sommers 2000 ist es jetzt notwendig zu zeigen, dass trotz der etwas geschwundenen Berichterstattung das Problem des Neofaschismus nicht weniger akut ist. Deshalb ist es wichtig dieses Jahr in Neuhaus den Nazis einen breiten antifaschistischen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Gegenaktionen in den vergangenen zwei Jahren hatten nur Symbolcharakter und müssen in diesem Jahr auf jeden Fall stärker ausfallen. Die Aktivitäten des letzten Jahres wurden von den Behörden massiv behindert. So wurde beispielsweise eine Veranstaltung von den Grünen und der PDS verboten und die unabhängige Antifa-Demo nur am Stadtrand sowie teilweise durch Parkanlagen genehmigt.

Den Nazis gelang es in den letzten Jahren (1997–2000) immer wieder, mehr als 200 Anhänger nach Neuhaus zu mobilisieren. Als Hintergrund dieser jährlichen Demos dient den Faschisten eine Auseinandersetzung zwischen Punks und Nazis in der Nacht vom 6. Mai 1995, bei der ein Nazi namens Sandro Weilkes tödlich verletzt wurde. Er war nach gegenseitigen Pöbeleien und Handgreiflichkeiten noch einmal zu den Punks gegangen, um einem von ihnen ein Messer aus der Hand zu schlagen. Bei dieser Aktion wurde der Nazi so verletzt, dass er an den Folgen starb. Der Täter war der Bruder eines Punks, der von den Nazis in vorangegangenen Auseinandersetzungen verletzt worden war.

Eine von einem breiten antifaschistischen Bündnis getragene Gegendemonstration ist gerade in der Gegend um Neuhaus sehr wichtig, da es hier in letzter Zeit Versuche seitens des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW) gibt, in der Region Südwestthüringen verstärkt Fuß zu fassen. So findet und fanden in Orten wie Sonneberg am 3. März 2001 bereits der zweite Naziaufmarsch inner-

halb kurzer Zeit statt. Das NSAW ist eine Organisation, die mit Sicherheit aus Eisenach, nämlich von Patrick Wischke, initiiert wurde, um auch in kleineren Orten im süd-/westthüringer Raum Menschen für die „Nationale Sache“ zu gewinnen. So gibt es in mehreren Städten (z.B.: Meiningen und Schmalkalden) bereits „Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime“, die im Zusammenhang mit den Aktivitäten des NSAW zu sehen sind.

Außerdem tauchten in letzter Zeit häufiger Nazis aus Bayern in Neuhaus auf und mobilisierten für ihre Veranstaltungen. Hier wird deutlich, dass es den Drang zu einer intensiveren Zusammenarbeit gibt. Die Nazis wollen sich gegenseitig unterstützen und vernetzen sich immer besser.

Deshalb rufen wir alle antifaschistischen Kräfte auf, sich an den Aktivitäten Anfang Mai in Neuhaus zu beteiligen und diese kreativ mitzugestalten! Es ist wichtig, die oben beschriebene Entwicklung zu stoppen und eigene antifaschistische Inhalte in dieser Region wieder präsent zu machen.

- Beteiligt euch an der antifaschistischen/antirassistischen Demonstration in Neuhaus!
- Überlassst den Nazis nicht die Straße!
- Stoppt Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus in Neuhaus und anderswo!
- Keine Etablierung des NSAW!
- Solidarität mit allen Flüchtlingen und MigrantInnen!

Dieser Aufruf wird unterstützt von: Michael Ebenau, Gewerkschaftssekretär IG Metall; Angelo Lucifero, Landesvorsitzender Gewerkschaft hbv; Astrid Rothe, Landessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Thüringen; Infoladen Weimar, Leseladen Weimar, Carsten Hübner, MdB PDS; Rabenschwarz-Kollektiv, Mersburg/Sachsen-Anhalt; Roter Buchladen, Göttingen; AK-Subversiv, Reichenbach; Norbert Schneider, Saalfeld; Wissenschaftlich-humanitäres Komitee (WHK), Regionalgruppe Ruhrgebiet; PDS-Dortmund; yafago Erfurt; Antifaschistische Aktion Eisenach; F.U.R.A Meiningen; Infobüro Gera.

Weitere Infos unter www.lag-antifa.de

Bürgermeisterwahlen in der Sächsischen Schweiz

Chancen für die NPD?

Am 10. Juni 2001 finden die Bürgermeisterwahlen statt. Und in einer Gegend wie der Sächsischen Schweiz, wo die NPD ihre sachsenweit besten Wahlergebnisse einfährt, treten die Rechtsextremen natürlich auch an. Bisher wurden über die Lokalpresse Kandidaten für vier Orte bekannt gegeben. Das betrifft Sebnitz, Heidenau, Bad Schandau und logischerweise Königstein. Alle Städte sind schon im Zusammenhang mit Neonazis aufgefallen und doch muss man die Chancen unterschiedlich bewerten.

In Sebnitz und Heidenau besteht zwar nicht die Gefahr, dass die NPD mit ihren Kandidaten gewinnt, doch sind Ergebnisse im zweistelligen Bereich nicht auszuschließen. Immerhin sind Kandidaten nominiert, die keine unbekannten sind; zumindest vor Ort. Bürgermeisterwahlen sind Personenwahlen und da spielt das Parteibuch oft nur eine untergeordnete Rolle. Besonders in Sebnitz und im Falle der NPD. Hier tritt ein gewisser Ullrich Eigenfeld an, welcher Mitglied des NPD-Bundesvorstandes ist.

In Heidenau geht Dietmar Rasch ins Rennen, seines Zeichens Anmelder der Internetseite: www.npd-saechsische-schweiz.de (lt. www.denic.de, who is – Suche). Doch die amtierenden Bürgermeister, die beide wieder antreten, sind sattelfest. Das betrifft in Sebnitz OB Mike Ruckh (CDU), der insbesondere aus dem „Fall Joseph“ in gewisser Weise Gewinn geschlagen hat. Und in Heidenau ist der Amtsinhaber Michael Jacobs (CDU) kaum zu bezwingen.

Sorgefälle Bad Schandau und Königstein

Doch nun zu den Sorgenfällen: Bad Schandau und Königstein. In Bad Schandau gibt es eine Situation, die schwer einzuschätzen ist. Der jetzige Bürgermeister Heidrich (CDU) tritt zwar wieder an, ist aber mehr als umstritten. In der Kampfkandidatur in seiner Partei konnte er sich nur knapp gegen seinen Widersacher durchsetzen. Eggert, so sein Name, wird aber trotz Niederlage als Parteiloser antreten. Er hat aber auch die Hälfte seiner Partei hinter sich. Das bedeutet also, dass sich die CDU-Wähler auch hier spalten werden. Es ist noch zu bemerken, dass eben auch Eggert nicht den allerbesten Ruf geniest. Ganz anders dagegen Steffen Konkol (NPD). Als Mitglied der Mittelstandsvereinigung, der er als Antikhändler angehört könnte ihm auch finanzielle Unterstützung aus dieser Richtung zu Gute kommen. Im Gegensatz zu seinen Gegenkandidaten ist er außerordentlich angesehen. Er war schon zu DDR-Zeiten Steinmetz in Bad Schandau und ist auch daher bekannt. Außerdem ist auch er, genau wie sein Kamerad Johannes Müller (NPD-Kreistagsabgeordneter) aktiv im Kletterverein.

Und damit schon zum Problemfall zwei, und das ist natürlich Königstein. Was soll man zu Uwe Leichsenring noch sagen? Er ist NPD-Kreisgeschäftsführer, Direktkandidat zur Landtagswahl (auf Platz 4 der Landesliste), er ist Stadtrat in Königstein (zweitbestes Wahlergebnis nach Winterstein - SPD), er verpasste nur um Haarsbreite den Einzug in den Kreistag der Sächsischen Schweiz und er ist chancenreich bei der Bürgermeisterwahl! Er ist die wohl wichtigste Figur der Neonaziszene im Oberen Elbtal und das nicht ohne Grund. Er schaffte mit 11 Prozent den Sprung ins Stadtparlament von Königstein und zog dadurch sogar noch Michael Wiegand (NPD) mit. Sein Auftreten und seine Art beeindruckten SPD-Stadtratsmitglieder so sehr, dass sie ihr Kreuz beim Uwe gemacht haben. Denn den Uwe kennt ja jeder, war er doch der einzige Fahrlehrer im Ort. Mittlerweile ist er sogar Geschäftsführer der Fahrschule Gregor und damit auch arbeitsmäßig völlig unabhängig. So kann man doch mal die ein oder andere Mark an die Partei spenden.

Doch zurück zum Wahltag. Hier kann alles passieren, denn in Königstein wird neu gemischt. Das bedeutet, der alte Bürgermeister tritt nicht wieder an und alle anderen starten von der selben Position. Ja, und das sind gegenwärtig eben fünf Leute. Das damit gegebenenfalls die Chancen von Leichsenring steigen ist klar. Zwei Kandidaten aus den Reihen der CDU treten auch hier an, ein parteilos aus Rosenthal und ein Kandidat der SPD. Für die SPD brachte sich bisher Ivo Teichmann in Gespräch, es gibt allerdings noch keine offizielle Bestätigung. Er jedenfalls ist der einzige der Kandidaten, der schon im direkten Vergleich zu Leichsenring stand, nämlich zur Gemeinderatswahl. Damals hatte Teichmann gut 200 Stimmen weniger. Die anderen Bürgermeisteranwärter sind nicht mal im Stadtrat, also auch für das Wahlvolk nicht an Ergebnissen messbar. Wenn das keine Aussichten sind.

Aber damit nicht genug, im März soll noch der Kandidat zur Landratswahl bekannt gegeben werden. Das wird wohl erwartungsgemäß Johannes Müller, NPD-Stadtrat von Sebnitz und Kreistagsmitglied (Sächsische Schweiz) sein. Das sachsenweit einzige Kreistagsmandat für die NPD übrigens. Hier kann zwar nicht von einer Überraschung ausgegangen werden, aber auch hier gilt: 7 Prozent sind machbar, und das ist fatal.

Wer etwas zum Anti-NPD-Wahlkampf beitragen möchte sollte sich bitte an die Antifaschistische Aktion 13 wenden, oder seine Kreativität ausleben!

Antifaschistische Aktion 13

Terminal Dresden

- Alternativer Veranstaltungskalender

- Blatt für unterbliebene Nachrichten

<http://www.free.de/terminal/>

„Castor-Transport: Strafbar macht sich, wer die Macht des Staates über das Wohl der Bürger stellt!“

So war auf einem der Transparente auf der Demonstration in Lüneburg am 24.03.2001 zu lesen, zu der mindestens 15.000 und damit mehr als 1997 teilgenommen haben. Der Protest war bunt und vielfältig und jung und alt. Selbstgemalte Schilder, Transparente von Organisationen und Gruppen, so u.a. PDS, Jusos, Greenpeace, einzelne Grüne charakterisierten die Auffassungen gegen den Castor. Auch in den Kundgebungsbeiträgen kam die Vielfalt des Widerstandes, und dass er auch ohne die offi-

Aktion und das volle Aufgebot wurde in Bewegung gesetzt.

Einige Daten und Fakten

Von 18 000 Polizisten im Wendland wurden bei 29 nach den Einsätzen Blessuren festgestellt, soviel zum gewaltlosen Widerstand. Der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritische Polizisten übte scharfe Kritik am Einsatz von Polizei und BGS. Er begleitete als Beobachter das Geschehen der letzten Tage im Wendland, das angekündigte Konfliktmanagement und die versprochene Deeskalation hätten versagt, er widersprach den offiziellen Darstellungen der Behörden. Konfrontation gegenüber friedlichen Demonstranten sei nicht nur von Einzelnen ausgegangen, sondern auch von der Einsatzleitung. Demonstranten wurden 50 km von den Orten ihrer Aktion verschleppt und bei Minustemperaturen ausgesetzt, angemeldete und bestätigte Mahnwachen wurden angehalten, eingekesselt und in Gewahrsam genommen, Trecker wurden lahmgelegt und beschädigt.

Die nds. grüne Landtagsabgeordnete Harms forderte den Innenminister Bartling auf, der „Aushebelung von Bürgerrechten“ zu begegnen und sprach von Einschränkung von Grundrechten. So durfte z. B. jeder Wendländer nur zwei Personen beherbergen und musste der Polizei sein Haus öffnen, Schulbeutel von Kindern wurden kontrolliert, mit Tiefflügeln von Hubschraubern sollte die Bevölkerung eingeschüchtert werden. Der nds. Ministerpräsident hat gegenüber Vertretern der Bürgerinitiative im Wendland Respekt und Verständnis für gewaltfreie Blockaden geäußert. Umweltminister Jüttner (SPD) Nds. sagte, diese Transporte könnten zwar mit der Polizei



zielle Unterstützung der Grünen Bestand hat, zum Ausdruck. Über vier Stunden verfolgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer trotz Minusgraden die Kundgebung und als sich über 100 Trecker nach der Kundgebung in Bewegung setzten, wurden sie mit anhaltendem Sympathiebeifall begleitet. Ebenso die Ankündigung, dass alle Kirchen und etliche Schulen ihre Türen für diejenigen geöffnet hatten, die durch das Verbot der Camps eine andere Übernachtungsmöglichkeit suchten. In einer anschließenden Demonstration konnten die 500 Demonstranten die geballte Staatsgewalt erleben. Auf einer Brücke, hoch über Eisenbahngleisen, standen Hunderte von Polizisten in Kampfuniform, die Hände einsatzbereit an den extrem langen Schlagstöcken, mit Hunden, denen teilweise der Maulkorb abgenommen war. Im Vorfeld der Demonstrationen kündigte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Vogler, am 22.03. in Erfurt an: Wer die Strecke blockiere, werde „hart angefasst und fortgeführt“. Auf dem Rückweg der Demonstration zum Bahnhof Lüneburg machte die Polizei dies praktisch. Einige Jugendliche besetzten die Gleise im Bahnbereich, das brachte die Polizei und den BGS in

gesetzte, angemeldete und bestätigte Mahnwachen wurden angehalten, eingekesselt und in Gewahrsam genommen, Trecker wurden lahmgelegt und beschädigt.





durchgesetzt werden, „ob man damit aber zum gesellschaftlichen Frieden beiträgt ist fraglich“. Und er sieht das Endlagerthema nach dem Protest in Gorleben wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Gegenüber dpa bezifferte Innenminister Bartling (SPD) den Polizeieinsatz auf 30 Millionen (1997 18 Millionen DM) (insgesamt einschließlich Gehälter 110 Millionen DM.) Der Bund der Steuerzahler sowie Innenminister und -senatoren der Küstenländer haben bei ihrer Konferenz am 2.4. erklärt, sie wollten die Gemeinnützigkeit von Greenpeace und Robin Wood aberkennen. Ebenso der brandenburgische Innenminister Schönenbohm. Die Grünen Bremen haben die Aktionen von Greenpeace und Robin Wood während der Castor-Transporte als „zielen Ungehorsam“ verteidigt. Der Umweltpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag nannte die Aberkennung der Gemeinnützigkeit „für völlig abwegig“.

Aus einem Artikel eines Redakteurs aus Dannenberg in der FAZ v. 2.4.1.: „Das nach dem Atomkonsens und wegen des Spagates der Grünen erhoffte Abbröckeln des Widerstandes der Atomkraftgegner ist ausgeblieben. Wenn der Transport erfolgreich sei, so hofften die Politiker, werde Resignation um sich greifen. ... Es kam anders. Das massive Engagement ganz normaler Bürger zerschlug die Illusion. Die Strategie, den Castor nicht nur durch Straßenblockaden aufzuhalten, sondern ihm „auf den Schienen entgegenzugehen“ hat sich, jedenfalls als richtig bestätigt. Künftig wird mit noch umfangreicherden Aktionen dieser Art zu rechnen sein, und mit anderen trickreichen Manövern. Der regionale Widerstand war deshalb auch so stark weil jeder zwischengelagerte Castor vor Ort Fakten schaffen könnte für ein Endlager. Das strategische Ziel, den Widerstand der Gegenseite zu überwinden wurde nicht erreicht.“. Quellen: Presseschau X-tausendmal quer; Hannoversche Allgemeine Zeitung Anfang März bis Ende März 20001 bee

Haus der Jüdischen Kultur Essen

Der Vorschlag kam ziemlich überraschend: Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, stellte bei einem Besuch in Essen das Konzept eines „Hauses der Jüdischen Kultur“ vor. Er will dieses Projekt in der Alten Synagoge verwirklichen. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen, auch die Stadt Köln bemüht sich. Der Kulturausschuss begrüßte das Konzept in seiner letzten Sitzung. Die Verwaltung wurde beauftragt, Verhandlungen zu führen und gleichzeitig eine „angemessene Präsentation der Ausstellung „Verfolgung und Widerstand in Essen 1933-1945“ an anderer Stelle zu erarbeiten. Info der PDS-Ratsgruppe Essen

Bürokraten nun innerhalb weniger Wochen. Wir fordern die Verantwortlichen in der Görlitzer Stadtverwaltung auf, dem Holzwurm e.V. und den anderen betroffenen Vereinen die Öffnung ihrer Räumlichkeiten wieder zu ermöglichen und die Mittel zur Behebung der beanstandeten Sicherheitsmängel zur Verfügung zu stellen!“ www.nadir.org

Wohnungsbaurecht: BERLIN. Das Präsidium des Deutschen Städetages forderte Korrekturen an den Plänen der Bundesregierung zur Reform des Wohnungsbaurechts. Unzureichend seien vor allem die Beteiligung der Städte bei Entscheidungen über den Einsatz der Fördermittel sowie die Höhe der im Gesetz vorgesehenen finanziellen Mittel des Bundes. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Summe gehe über das heutige Förderniveau nicht hinaus. Der Städetag fordere deshalb eine Verdoppelung auf 460 Millionen Euro. Er erinnerte daran, dass die Wohnungsbauförderung seit 1993 schrittweise erheblich abgebaut worden sei, von damals vier Milliarden Mark im Jahr auf inzwischen 450 Millionen Mark. Der Städetag begründet seine Forderung nach einer Verdopplung der Mittel damit, dass die Zahl der Sozialwohnungen rapide schrumpfe, obwohl die Zahl der Haushalte mit Anspruch auf Sozialwohnungen nahezu unverändert sei. Deshalb seien erhebliche finanzielle Anstrengungen erforderlich, um durch Neubau, Modernisierung von Sozialwohnungen und den Ankauf von Belegungsrechten die Versorgung dieser Haushalte mit Wohnraum sicherzustellen.

www.staedtetag.de

Palästina-Ausstellung: MÜNCHEN

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa Liste hat im Stadtrat beantragt, die Ausstellung „Alltagsszenen aus Palästina“ weiter im öffentlichen Raum, vor allem in Schulen zu zeigen. Wie in der Vergangenheit soll dazu ein erläuterndes Begleitprogramm angeboten werden. Anfang des Jahres hatte die Stadtspitze und das Schulreferat beschlossen, die Ausstellung nicht mehr in Schulen zu zeigen. Nach Meinung der Grünen bietet die Ausstellung gute Grundlagen, um Ursachen und Lösungsmöglichkeiten für den israelisch-palästinensischen Konflikt an den Schulen zu diskutieren.

Münchner Lokalberichte 7/2001

Aktion gegen Filz und Korruption

BERLIN. Die Berliner Grünen brachten eine Aktion „Gegen Filz und Korruption“ in Berlin auf den Weg. Mit einer Sonderausgabe ihrer Parteizeitung „Extrastachel“ nahmen sie auf dem Alexanderplatz in Berlin gegen die Entwicklungen in der Berliner CDU Stellung. Mit der Frage „Wie lange quälen sie Berlin noch?“ werden Fotos von Landowski und Diepgen präsentiert, die nach Meinung der Grünen für die Finanzskandale in Berlin zuständig sind. Die Sonderausgabe wird Anfang der Woche in Umlauf gebracht. ake

Gemeindefinanzen: BERLIN. Die Kommunen müssen in diesem Jahr zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit rund 55 Mrd. DM über die Hälfte ihrer Steuereinnahmen für Sozialleistungen ausgeben. „Im vergangenen Jahr waren es erst 47 % und damit rund 2 Mrd. DM weniger“, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer (SPD). Die Einbußen bei den Steuereinnahmen, die den Gemeinden durch die seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1998 verabschiedeten und geplanten Gesetze entstünden, bezifferte Schäfer für das Jahr 2001 auf 11,3 Mrd. DM. Wegen der dramatischen Entwicklung der Gemeindefinanzen würden die Spielräume immer enger. Viele kommunale Haushalte seien bereits Not leidend. Für Investitionen fehle das Geld. Kommunale Einrichtungen wie beispielsweise Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Sporteinrichtungen sowie Museen verfielen vielerorts. „Wir brauchen deshalb dringend eine Gemeindefinanzreform“, fordert Schäfer. www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

Schröder verunglimpft Arbeitslose als Faulenzer! – Jetzt reicht's endgültig!

Offener Brief der Betriebsräte und Vertrauensleute der Fa Sick-AG, Waldkirch

Sehr geehrter Herr Schröder, als Konzernbetriebsräte, Betriebsräte und Vertrauensleute der Firma SICK AG, Waldkirch, protestieren wir aufs Schärfste gegen Ihre jüngsten Ausfälle gegen arbeitslose Mitbürger, unsere Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind entsetzt und empört über ihre Behauptung, große Teile der Arbeitslosen „können arbeiten, wollen aber nicht!“ Sämtliche Sozial- und Armutsberichte der letzten Jahre stellen übereinstimmend fest, dass ein wesentlicher Grund für Verarmung in dieser reichen BRD die Arbeitslosigkeit ist, an zweiter Stelle der Ursachen für Armut zitiert z.B. die Arbeiterwohlfahrt in ihrem Sozialbericht 2000 die „unterdurchschnittlichen Einkommen trotz Job“.

Glauben Sie wirklich dass Millionen

Menschen in unwürdigen Verhältnissen leben aus Faulheit? Nein, mit Ihren unverantwortlichen Äußerungen bedienen Sie dumpfe Stammtisch-Vorurteile und heizen Sie die Stimmung gegen Arbeitslose, Arme, Obdachlose weiter an – in einer Zeit, in der sich Rechtsradikale längst nicht mehr nur an Ausländern vergreifen, sondern auch Obdachlose schon erschlagen haben ...

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit dagegen, dass Sie als Bundeskanzler eines der reichsten Länder dieser Erde sich zum Sprecher solcher Vorurteile und nachweislich falscher Behauptungen aufschwingen. Wir können dem Kommentator der „Frankfurter Rundschau“ vom 07.04.2001 nur recht geben, wenn er schreibt:

„Worüber redet der Kanzler eigentlich? Nach wissenschaftlichen Erhebungen schlupfen tatsächlich einige zehntausend Bürger bei Arbeits- und Sozial-

ämtern unter. Aber 95 Prozent bemühen sich redlich, aber vergeblich um einen Job. Doch der Kanzler stellt jetzt alle unter Generalverdacht. Wie war das Motto des SPD-Wahlkampfes 1998? Innovation und Gerechtigkeit? Die Bilanz fällt zunehmend bitter aus.“

Wir sind nicht nur verbittert über Ihre Hetzparolen, wir fordern unsere Gewerkschaft, die IG Metall, hiermit auf, umgehend aus einem „Bündnis für Arbeit“ auszutreten, aus dem Sie jetzt offensichtlich ein „Bündnis für Zwangsarbeit für Arbeitslose“ zimmern wollen. Die Gewerkschaften sollten sich für eine solche reaktionäre Politik, die Arbeitslose zu jedem Hungerlohn in übelste Arbeitsverhältnisse pressen will, keinen Tag länger hergeben. Da machen wir auf keinen Fall mit. Das wäre auch ein schreiner Widerspruch zur Kampagne der IG Metall: „fairteilen“, die wir sehr begrüßen. Es reicht, Herr Schröder – BASTA!

Das Interview von Bundeskanzler Gerhard Schröder:

Mit der BILD-Zeitung, von K.DIEKMANN u.R.KLEINE, am 5.4.01, (erschienen am 6. April 2001); aus www.Bundesregierung.de

BILD: Herr Bundeskanzler, die Zahl der Arbeitslosen ist seit der Wiedervereinigung im März noch nie so wenig gesunken wie in diesem Jahr, die Wirtschaftsinstitute korrigieren ihre Wachstumsprognosen nach unten. Aber für Sie ist das nur „Schwarzmalerei“. Sind Sie nicht ein Schönfärbere?

Schröder: Ich halte mich an die Fakten: Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 1995. Zum ersten Mal liegen wir im März wieder unter vier Millionen. Das beweist, daß unser Weg des Abbaus der Arbeitslosigkeit richtig war und ist. Es geht im übrigen nicht um Schönfärberei, sondern darum, den Aufschwung nicht kaputtzureden. Wenn es stimmt, daß die Hälfte von Wirtschaftspolitik Psychologie ist, dann muß man eine insgesamt gute Entwicklung auch positiv darstellen. Erinnern Sie sich bitte: In den 90er Jahren hatten wir ein durchschnittliches Wachstum von 1,4 Prozent – im vergangenen Jahr waren es drei Prozent. Und wir rechnen auch dieses Jahr mit einem robusten Wachstum. Wenn die Institute im Frühjahrsgutachten ihre früheren Prognosen etwas nach unten korrigieren, ist das kein Anlaß zur Sorge. Denn wer sagt denn, daß ausgerechnet die pessimistischste Vorhersage Recht behält? Ich bitte alle jene, die jetzt die Konjunktur herunterreden, um jedes Zehntel zu kämpfen. Darum geht es.

BILD: Sie haben Ihr politisches Schicksal mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit verbunden. Doch von einem Durchbruch kann derzeit keine Rede sein. Die Süddeutsche Zeitung kommentiert: „Der Kanzler steht nackt da“...

Schröder: Das stimmt nun wirklich nicht – wie Sie sehen können! Aber im Ernst: Im letzten Jahr der Regierung Kohl gab es in Deutschland 4,8 Millionen Arbeits-



lose, vergangenes Jahr waren es eine Million weniger. Warum in aller Welt kann man nicht sagen: Da ist schon viel erreicht worden? Wir wollen im nächsten Jahr unter die Marke von 3,5 Millionen kommen. Eine Million haben wir geschafft, die restlichen 300.000 schaffen wir auch noch. Abgerechnet wird am Schluß.

BILD: Also: Einfach „weiter so“?

Schröder: Nicht weiter so, sondern noch mehr anstrengen, damit der Weg, den wir eingeschlagen haben, erfolgreich bleibt. Daß wir damit richtig liegen, wird sich zeigen. Ein Beispiel: Die Auswirkungen der Steuerreform werden die Bürger erst

in den nächsten Monaten voll spüren, wenn sie mehr Geld im Portemonnaie haben werden.

BILD: Warum ziehen Sie die nächsten Stufen der Steuerreform nicht vor?

Schröder: Ich würde das sofort machen – wenn es finanzierbar wäre. Denn: Ein solcher Schritt würde Lücken in den Bundeshaushalt reißen. Aber eines ist auch klar: Eine noch höhere Verschuldung ist nicht akzeptabel. Ich höre immer wieder: Ihr müßt mehr Geld ausgeben – für die Bildung, die Verteidigung, für Straße und Schiene. Und dann noch die Steuern schneller senken? Das paßt nicht zusammen. Was wir brauchen ist mehr Ruhe und Gelassenheit. Und Vertrauen in die Wachstumskräfte der Wirtschaft.

BILD: Müßte die Europäische Zentralbank nicht die Zinsen noch weiter senken?

Schröder: Das zu entscheiden ist allein Aufgabe der Europäischen Zentralbank. Sie ist unabhängig und Politiker sollten sich dort nicht einmischen.

BILD: Es gibt knapp 4 Millionen Arbeitslose und fast 600.000 offene Stellen – was stimmt da auf dem Arbeitsmarkt nicht?

Schröder: Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden. Das ist richtig so. Ich glaube allerdings, daß die Arbeitsämter die entsprechenden Möglichkeiten noch konsequenter nutzen können.

Protest gegen den Ausverkauf des Post-Fahrdienstes

FREIBURG. Der Betriebsrat der Post-Niederlassung Freiburg/Breisgau mit Sitz im dortigen Briefzentrum hatte die Beschäftigten des Postfahrdienstes am 5. April, um 6.00 Uhr (erste Frühschicht) zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Der Tagesordnungspunkt der Versammlung war die Absicht der Deutschen Post AG, bis Ende 2002 den gesamten Fahrdienst der Post, alle bisher im Eigenbetrieb durchgeföhrten Transportleistungen, vollständig an Speditionen zu vergeben.

Resolution der Fahrer

Bei der Betriebsversammlung am 5.4. wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen

An den Vorstandsvorsitzenden Dr. K. Zumwinkel und die örtlichen Bundestagsabgeordneten

Die Fahrer der NL Freiburg sind entsetzt und enttäuscht von der Absicht des Vorstandes, den kompletten Fahrdienst bis zum Ende des Jahres 2002 komplett fremd zu vergeben. Wir Fahrer haben mit unserer zuverlässigen Arbeit Tag für Tag dazu beigetragen, daß die DP AG mit hervorragenden Bilanzen glänzt.

Bisher haben wir, hoch motiviert, unsere qualifizierte Arbeitskraft in das Unternehmen eingebracht und viele von uns haben mit dem Kauf von Aktien der Post zu einem hervorragenden Börsenstart verholfen. Dafür sollen wir nun die Quittung bekommen. Der Post ist es scheinbar egal, ob die Mitarbeiter die nötige Eignung für andere Tätigkeiten besitzen.

Besonders hart würde es unsere älteren Kollegen treffen, die den neuen Gegebenheiten (an anderen Arbeitsplätzen) nicht entsprechen. Was wird aus ihnen? Wir fragen uns, wo die Fürsorgepflicht der Post für ihre Mitarbeiter bleibt. Wir fordern die sofortige Rücknahme der Vergabe von Transportleistungen und die Erhaltung der Abteilung Verkehr innerhalb der Post. Wir fordern von den Bundestagsabgeordneten unserer Region, daß die Bundesregierung als Mehrheitsaktionär Einfluß auf den Vorstand der DP World Net nimmt, damit diese sich nicht auf Kosten der Beschäftigten Wettbewerbsvorteile verschafft. Außerdem würde durch die Fremdvergabe in den privaten Speditionsbereichen, in dem mit Lohndumping und Scheinselbständigkeit dazu beigetragen wird, daß dem Staat und den Versicherungsträgern Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe verloren gehen.

Deshalb fordern wir: Keine Fremdvergabe im Fahrdienst!

Dem Outsourcing würden bundesweit 12 000 tariflich und sozial gesicherte Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Beim Briefzentrum Freiburg sind rund 100 Arbeitsplätze betroffen. Durch die Betriebsversammlung waren Verzögerungen in der Briefzustellung bis zu einem Tag im Bereich der Postleitzahl 79 unvermeidlich. Zur gleichen Stunde fanden Betriebsversammlungen in Stuttgart, Heilbronn, Göppingen, Ravensburg und in Reutlingen statt.

Die Pläne der Deutschen Post AG hatten um die Jahreswende auch die vormalige Deutsche Postgewerkschaft (DPG), jetzt ver.di, wie einen Keulenschlag getroffen.

Wenige Wochen zuvor unterzeichneten das Unternehmen und die Gewerkschaft einen Tarifvertrag mit deutlich geringerem Einkommen für alle befristet beschäftigten ArbeitnehmerInnen und die Post-Neueinsteiger ab 1. Januar 2001 unter Besitzstandswahrung für die Beschäftigten mit festem Arbeitsvertrag. Der Tarifvertrag geht auf eine Vereinbarung zwischen Post und DPG Mitte der 90er-Jahre nach Ende eines längeren Streiks bei der Privatisierung der früheren Deutschen Bundespost zurück, als die DPG alle damaligen Tarifverträge retten konnte.

Die neue Lohnstruktur ab dem 1.1.2001 garantierte die „volle Handlungsfähigkeit“ der Deutschen Post im Wettbewerb mit den Speditionen des Transportgewerbes“, liess das Unternehmen nach Abschluss des Tarifvertrags noch zufrieden verlaufen. „Die Tinte der Unterschrift unter den Tarifvertrag war noch nicht trocken, als die Post AG mit den Plänen über den Ausverkauf des Fahrdienstes die Katze aus dem Sack liess“, empörten sich Fahrer und Gewerkschafter. Kein Wunder, dass die Stimmung unter den Postmitarbeitern brodelt. Sie brandmarken die Absicht als glatten Wortbruch gegenüber der Gewerkschaft. Der Zorn der Fahrer wird auch nicht dadurch geringer, dass es eine letzte Frist für Verhandlungen mit der Gewerkschaft bis zum 31. Mai 2001 gibt, denn an den Vergabeplänen der Post-Oberen hat sich bis heute nichts geändert. Die Post-Fahrer indes wollen sich wehren und um ihre Arbeitsplätze kämpfen.

Besonders erbost ist man bei der Gewerkschaft auch über die Tatsache, dass die Deutsche Post AG noch im September 2000 im Magazin „Postforum“ völlig zu Recht vor einem ruinösen Lohn- und Preisdumping und einem Aushebeln von Tarif- und Sozialabkommen in der Branche warnte, und sie jetzt nur wenige Wochen später genau dieser Politik mit ihren Absichten Tür und Tor öffnet. Das Unternehmen ist der Post- und Logistikdienstleister Nr. 1 in Europa.

BDA gegen Mindestbeitrags-
satz der Krankenkassen. – HB, Freitag/Samstag, 30./31.3.2001. –

Arbeitgeberpräsident D. Hundt nannte den Mindestbeitrag eine „Strafaktion“ gegen sparsame Kassen und forderte Ministerin U. Schmidt auf, ihn sofort zu den Akten zu legen.

Gesamtmetall will betriebliche Konfliktlösung beschleunigen. – HB, Mittwoch, 4.4.2001. Gesamtmetall legt einen Gesetzgebungsvorschlag vor, der Verzögerungen der Arbeitsabläufe durch Konflikte mit dem Betriebsrat künftig verhindern soll. Danach soll den Unternehmen eine vorläufige Entscheidungsbefugnis eingeräumt werden, wenn die Arbeitnehmervertretung ihre Zustimmung zu einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme aus „sachfremden Gründen“ verweigert. Ferner sieht der Vorschlag ein Verbot von Koppelungsgeschäften vor. Dies soll verhindern, dass der Betriebsrat als Preis für seine Zustimmung ein Entgegenkommen in anderen Bereichen fordert. Es gäbe Betriebsräte, die Rechte aus dem BetrVG missbrauchten, so Gesamtmetall-Geschäftsführer H. Busch. Er führte dazu Beispiele aus der Informations-technologie an. So sei die Einführung von Standardsoftware aus dem Kaufhaus mitbestimmungspflichtig. „Die Einigungsstellen über Software-anwendungen laufen dann länger als die updates“.

Kannegiesser lehnt Tarifvertrag zu Überstunden ab. – Der Gesamtmetall-Präsident lehnt die IG Metall-Forderung nach einem Überstunden-Tarifvertrag ab. Es handele sich um eine Phantomdiskussion, sagte Kannegiesser. Mehrarbeit sei nie vermeidbar.

Arbeitgeberverband für Dienstleister gegründet. – HB, Donnerstag, 5.4.2001. – Als Interessenvertreter der Arbeitgeber in der Dienstleistungsbranche ist der Bundesverband der Dienstleistungsunternehmen gegründet worden. 750 000 deutsche Unternehmen dieser Branche haben damit erstmals die Möglichkeit, sich bundesweit zu organisieren.

BDI-Chef kritisiert Vergaberegeln für öffentliche Aufträge. – HB, Freitag/Samstag, 6./7.4.2001. – BDI-Chef Rogowski übt Kritik an den Plänen der Regierungskoalition, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an politische Vorgaben zu knüpfen. „Entscheidend sind für mich bei der Auftragsvergabe die Qualität und der Preis. Was hat die Tariftreue oder die Gleichstellung von Mann und Frau in den Unternehmen mit der Auftragsvergabe zu tun? ...“

Presseauswertung: rst

Gegen die wachsende Ungleichheit im Bildungswesen

250 PädagogInnen, Eltern, SchülerInnen, WissenschaftlerInnen und BildungspolitikerInnen berieten auf der 8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS in Leipzig am 31.3./1.4. unter dem Motto „Chancengleichheit ohne Wenn und Aber – Grundfragen linker (Bildungs-)Politik heute und morgen – Gegen die wachsende Ungleichheit im Bildungswesen“.

Prof. Ingrid Gogolin (Uni Hamburg, Vorsitzende der Dtsch. Gesellschaft für Erziehungswissenschaft) referierte erziehungs- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die konstatieren, dass insbesondere das deutsche Bildungswesen in seiner jetzigen Struktur und Orientierung nicht zur Chancengleichheit beitrage. Lediglich in der Elementar- und Sekundarstufe I habe es die Chancen der Mädchen erhöht. Sie berichtete aus Untersuchungen aus den USA, dass die modernen Verheißenungen nach größerer Autonomie zu einer Verschärfung der Ungleichheit geführt haben, und warnte vor einer einfachen Übernahme. Eva-Maria Stange (Vorsitzende der GEW) stellte die Bemühungen der GEW um Chancengleichheit dar und argumentierte für eine „Schule für alle Kinder“. Manfred Schemel (Vorsitzender des Grundschulverbandes Brandenburg) legte im Detail dar, dass die deutsche Grundschule selbst im internationalen Vergleich rückständig sei. Befunde, die von weiteren GastreferentInnen, z.B. von Prof. Bernhard Clausen (Uni Hamburg) und Sabine Gerold (Vorsitzende der GEW Sachsen) konkretisiert wurden.

Die Teilnahme und das aktive Mittun von Petra Pau und Peter Porsch, also gleich von zwei stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS, mehrerer Parteivorstandsmitglieder und der PDS-Fraktionen im Deutschen Bundestag und der Landtage zeigte, dass auch für die Leitungsebenen der PDS die Bildungspolitik als die soziale Frage nunmehr ein Schwerpunktthema ist.

Die Konferenz war gleichzeitig der Auftakt für eine bildungspolitische Kampagne der PDS, die der stellvertretende Vorsitzende Peter Porsch am Sonntag eröffnete. Für diese Kampagne lagen den KonferenzteilnehmerInnen konkrete Vorschläge für bundesweite Proteste gegen Bildungsabbau, spektakuläre Aktionen in „Greenpeace-Manier“, Ratsschläge für die Aufstellung länderbezogener Forderungsprogramme und Durchführung öffentlicher Veranstaltungen an der Basis, Vorschläge für parlamentarische Initiativen, für die Durchführung von Fachtagungen sowie die Verbesserung der Wirksamkeit bildungspol-

litischer Öffentlichkeitsarbeit vor – anspruchsvolle Zielstellungen, zu deren Verwirklichung es der Kraft aller in der PDS an Bildungspolitik Interessierten bedarf.

Die stellvertretende Parteivorsitzende Petra Pau hatte in ihrem einleitenden Vortrag betont, dass der Kampf für die sozialistische Forderung nach Chancengleichheit heute in erster Linie ein Kampf gegen die wachsende Ungleichheit im Bildungswesen ist. Den Trend der wachsenden Ungleichheit aufzuhalten und umzukehren, wird auch mit den auf der Konferenz beschlossenen 15 Thesen „Gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle! Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen!“ angestrebt.

In der Diskussion um die Grundsatzforderungen flammt eine Kontroverse auf, als die Landesvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt, Rosi Hein, die Finanzierbarkeit der Forderungen in Frage stellte. Demgegenüber wiesen die finanzpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Barbara Höll und André Hahn, bildungspolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion Sachsen, darauf hin, dass sozialistische Visionen in einem der reichsten Länder der Welt nicht an den Finanzen scheitern dürfen und auch nicht der Kampf für eine demokratische Bildungsreform – gegen Mittelkürzungen.

In acht Arbeitsgruppen wurde am Sonntag das Konferenzthema vertieft. Dabei ging es um die Lebens- und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen genauso wie um die Situation von PädagogInnen, um Rassismus und politische Bildung, um Berufsbildung, Weiterbildung und Bildungsfinanzierung. Dabei wurde deutlich, dass ein Verständnis von Bildung, welches über ökonomische Verwertbarkeit und Karriereorganisation hinausgeht und sich in den Dimensionen von Bildung für Beruf, Partizipation und Persönlichkeit bewegt, mit der sozialen Ungleichheit festigenden sogenannten „Chancengerechtigkeit“ nichts anfangen kann. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit muss die PDS dagegen gleiche Chancen für alle fordern.

Das betonte auch der stellvertretende Parteivorsitzende Peter Porsch in seinem Ausblick am Schluss der Konferenz: „Schule ist keine Gleichheitsinsel im Meer der Ungleichheit. Gesellschaftsveränderung kann nicht an Schule delegiert werden, aber Schule ist ein Stück Einflussgröße und muss Heranwachsende befähigen, Subjekte ihrer eigenen Emanzipation zu werden.“

15 Thesen zur Bildungspolitik

Wir veröffentlichen den 15-Thesen-Beschluss der Konferenz.

Das deutsche Bildungswesen steckt in einer tiefen Krise. Gegenüber vergleichbaren anderen Staaten befindet es sich in einem Reformrückstand. Standortwettbewerb auf der einen, Zukunftserwartungen auf der anderen Seite, dazwischen befindet sich das Bildungswesen eingeklemmt und soll dabei die fittesten Menschen auslesen: Gesellschaftlich flexibel, teamfähig, kreativ, bereit zu ständigem sozialen und kommunikativen Wandel sollen die Menschen sein. Aber wie wird man das in einem kapitalistischen System, das bekanntermaßen gar nicht alle Menschen so gebrauchen kann? Ungleichheit prägt das Bild der Bundesrepublik:

- in den Möglichkeiten zu selbstbestimmter Lebensgestaltung
- in der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen
- in der Aneignung von Bildung und Kultur
- in der sozialen Stellung von Beruf, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Die Spaltung wächst durch Vertiefung der sozialen Benachteiligungen, durch Verfestigung von oben und unten, durch ein die Auslese und einseitig die Elite begünstigendes Bildungswesen, wie wir es haben. Diesen politischen Trend aufzuhalten und umzukehren, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Entfaltungs- und Bildungsmöglichkeiten zu gewährleisten: das ist eine der entscheidenden Herausforderungen zukunftsgerichteter, demokratisch-humaner Politik. Dem steht die herrschende Bildungspolitik entgegen.

1. Bildung für das 21. Jahrhundert heißt im Kern: Befähigung zur Solidarität, zur Demokratisierung, zur Emanzipation, zum bewussten Eingreifen in die Zukunftsgestaltung, zum Weltverständnis

Das heißt:

Gerade in der heutigen Gesellschaft, die immer mehr Menschen vereinzelt, flexibilisiert, ausgrenzt und höchstens als Konsumenten benötigt, muss das Bildungswesen Zeit, Raum und Gelegenheit bieten, die „Sachen zu klären und die Menschen zu stärken“ (H. v. Hentig). Erlernt werden soll:

- mit anderen vor Ort und global solidarisch und humanistisch handeln zu können
- sich selbst und sich gemeinsam mit anderen aus Zwängen befreien zu können. Dazu gehört es, Civilcourage zu ent-

wickeln, Rassismus und Neofaschismus entgegenzutreten und der totalen Vermarktung und Zurichtung der Menschen Widerstand entgegenzusetzen – eingedenk geschichtlicher Erfahrungen.

2. Für den Ausbau des öffentlichen Bildungssystems – gegen Privatisierung

Denn:

Durch das sogenannte „Neue Steuerungsmodell“, das immer mehr auch im Bildungswesen eingeführt wird, zieht sich der Staat zunehmend aus seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zurück. Private und Firmen treten an seine Stelle, „private-public-partnership“ genannt. Die Folge: Privaten Investoren und internationalen Bildungs- und Medienkonzerne werden Tür und Tor geöffnet. Unterhalten wird nur, was sich „rechnet“.

Bildung in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung kann nur als öffentliche Aufgabe realisiert werden.

3. Investitionen für das Bildungswesen – Es ist genug Geld da!

Aber:

In der Bundesrepublik Deutschland sinken die öffentlichen Bildungsausgaben prozentual ständig. Das ist im reichsten Land der EU nicht länger hinnehmbar. Die Politik der Bundesregierung macht die Länder und Kommunen arm. Die Folge: Bildungseinrichtungen müssen die Mittel kürzen und sollen stattdessen Sponsorengelder einwerben. Die Kluft zwischen reichen Bildungseinrichtungen, die gesponsert werden, und ausgemergelten in Problemgebieten und auf dem Land wird immer größer. Eliteförderung für wenige, geringere Bildung für die große Mehrheit – das wird das Ergebnis der Bildungspolitik der „neuen Mitte“ sein, wenn das Geld nicht da geholt wird, wo es ist: Steuergeschenke für die Reichen rückgängig machen, Massenarbeitslosigkeit beseitigen, Rüstungsausgaben reduzieren, Steuerflucht verhindern!

4. Für gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle – gegen die soziale Ungleichheit

Das bedeutet:

Da in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD die soziale Polarisierung wächst, ist die soziale Ausgleichsfunktion des Bildungswesens doppelt wichtig und zu stärken. Zum einen müssen spezifische Benachteiligungen ausgeglichen werden, zum anderen müssen die Menschen dazu qualifiziert werden, diese soziale Polarisierung prinzipiell zu überwinden. Die sozial, ethnisch und durch Bedingungen einer Behinderung Benachteiligten sind in besonders großem Maße zu fördern. Das verlangen der demokratische Geist unserer Gesellschaft und unser Grundgesetz. Im 21. Jahrhundert dürfen Bildungsbarrieren keinen Platz mehr haben.

5. Kostenloser Kindertagesstättenbesuch für alle Kinder!

Warum?

Die Bildungsaufgabe der Kitas ist heute nötiger als früher; um frühzeitig Defi-

zite und soziale Benachteiligungen auszugleichen, um zu spielen und zu lernen, um soziale Erfahrungen zu sammeln und soziale Benachteiligungen auszugleichen, um sich auf die Schule vorzubereiten. Kinder haben ein Recht auf umfassende Entwicklung, für die die Gesellschaft unabhängig vom Geldbeutel und der Berufstätigkeit der Eltern zu sorgen hat (UNO-Charta der Kinderrechte). Die Kommunen sind finanziell so auszustatten, dass sie schrittweise genügend kostenlose Kitas wie in Frankreich und dem Saarland zur Verfügung stellen können.

6. Eine gemeinsame Ganztagschule für alle Kinder und Jugendlichen!

Denn:

Fast in ganz Europa besuchen alle Kinder eine einheitliche Gesamtschule bis Kl. 8, 9 oder 10, nur bei uns in der BRD werden sie nach Kl. 4 oder 6 in zwei oder drei getrennte Schulformen ausgesondert. Darum muss in der BRD die einzige einheitliche Schule für alle als Ganztagschule mit Wahlangeboten und Differenzierungsmöglichkeiten ausgebaut werden, anstatt Gesamtschulen zu schließen und die Tendenz zu selektieren zu verstärken. Gesamtschulen verfolgen einen integrativen Ansatz der gemeinsamen Bildung für alle und stellen soziales Lernen in den Mittelpunkt; sie brauchen Förderung und Unterstützung, insbesondere in einer förderungsfeindlichen Umwelt. Aussonderung und Eliteförderung dagegen gilt es abzubauen. Darüber hinaus wäre eine Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit auf 6 Jahre überall ein Schritt zu einer einheitlichen Schule für alle.

7. Größere Unterstützung für die Kleinen – keine Klasse über 25!

Damit ist gemeint:

Die Bundesrepublik gibt im internationalen Vergleich am wenigsten Unterrichtsstunden und Mittel in die Grundschulen. Selbst die verlässliche Halbtagsgrundschule wird zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Bei zurückgehenden Schülerzahlen werden kleine Grundschulen geschlossen. Dabei brauchen vor allem „kurze Beine kurze Wege“. Auch die Grundschulklassen sind zu voll. Darum haben die PädagogInnen weniger Zeit zur Förderung der Einzelnen. Darunter leiden am meisten diejenigen, die besonderer Förderung bedürfen. Das ist unsozial.

8. Solide Allgemeinbildung weiterentwickeln – nicht Wissen auf Vorrat anhäufen!

Das bedeutet:

Die von Medienkonzernen, der Bundes- und den Landesregierungen vordergründig forcierten Aktionen „Schulen ans Netz“ und „Jedem Schüler seinen Laptop“ verdecken die nötige Diskussion



Demonstration von 10 000 Gewerkschaftern im Februar in Stuttgart für die Einführung von Altersteilzeit beim Land, damit vor allem an Schulen jüngere Lehrer eingestellt werden können.

darüber, was SchülerInnen als Subjekte des Lernprozesses heute für morgen lernen wollen und sollen. Weder reichen sie aus, dass junge Menschen die neuen Medien kritisch nutzen können, noch dass die Allgemeinbildung auf den nötigen Stand gebracht wird. Dazu gehören heute mehr denn je Elemente polytechnischer, kommunikativer, historischer, politischer, interkultureller und ökologischer Bildung. Unbestritten ist, dass heutekritische Medienkompetenz als instrumentelle Beherrschung nötig ist. Das alles ist mehr als „User-Wissen“ und die von Unternehmerseite geforderten Wissenskataloge, Konsumziehung und Grundrechenarten.

9. Für pädagogische Selbstbestimmung und inhaltliche Profilierung – gegen die Selbstverwaltung des Mangels und gegen Konkurrenzdenken!

Das meint:

Pädagogische Initiativen von unten sind wesentlicher Bestandteil jeder Bildungsreform. Es bedeutet Demokratisierung, wenn Schüler, Eltern, Lehrer und ihre demokratischen Gremien in einer Kommune oder einem Stadtteil ein Schulprogramm erstellen. Diese Schulentwicklung von unten stärkt Kooperation, Bildungs-, Erziehungsarbeit und Selbsteinschätzung. Solche Initiativen können aber nur dann tatsächlich emanzipatorisch orientiert sein, wenn sie nicht unter Sparzwang zur Mangelverwaltung vor Ort umschlagen. Das ersetzt aber nicht die dringlichen Reformaktivitäten des Staates und der Gesamtgesellschaft. Und diese werden erst recht nicht durch computergestützte Detailsteuerung und obrigkeitstaatliche Eingriffe von oben wettgemacht, während der Mangel vor Ort selbst verwaltet und das Konkurrenzdenken zentral forciert wird.

10. Arbeitsbedingungen der PädagogInnen unter den Bedingungen bedarfsdeckender Schulfinanzierung verbessern.

Warum?

Schon jetzt fehlen überall in einigen Fächern und an Berufs- und Sonderschulen LehrerInnen. Nicht nur in den alten, auch in den neuen Bundesländern droht eine Überalterung der Lehrerschaft. Dagegen wächst die Tendenz, Pä-

dagogInnen als „pädagogische Feuerwehr“ für durch die Politik verursachte Fehler und Versäumnisse verantwortlich zu machen. Das weisen wir entschieden zurück! Die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeit der PädagogInnen wurden und werden von allen Landesregierungen als „Sparreserve“ genutzt. Einfach und direkt werden bei Rückgang der Schülerzahlen weniger PädagogInnen eingesetzt. Für Junglehrer und im Osten wurde Zwangsteilzeit verordnet, für alle die Gehälter gekürzt. Tausende Planstellen wurden gestrichen, während gleichzeitig mit Green-Cards qualifizierte Fachkräfte angeworben wurden. Nach 11 Jahren deutscher Einheit benachteiligt der BAT-Ost immer noch den öffentlichen Dienst in den neuen Bundesländern. Dagegen bemühen sich die PädagogInnen über ihre Kräfte, trotz schlechter Rahmenbedingungen eine bessere Bildung zu vermitteln und ihre Arbeit verantwortungsvoll zu gestalten. Darum lenkt ein von den staatlichen Arbeitgebern wie auch immer verordnetes „Lehrerleitbild“ davon ab, dass es die Verantwortung des Staates ist, die Rahmenbedingungen so zu verbessern und Lehrerarbeit attraktiver zu machen, dass sich in Zukunft mehr junge Leute zu LehrerInnen ausbilden lassen: Lehrerarbeitszeit verkürzen! Mehr junge LehrerInnen und ErzieherInnen einstellen, alte entlasten, Lehreraus- und Weiterbildung aufstocken und reformieren, Zwangsteilzeit aufheben, Diskriminierungen beenden – das ist jetzt erforderlich. Dazu gehört auch, die inhaltlich-strukturelle Ausrichtung des Bildungswesens öffentlich zu diskutieren.

11. Für selbstbestimmte Jugendarbeit, Jugendkultur und Freizeitgestaltung – gegen Rotstiftpolitik gerade hier – der Demokratie und des wachsenden Rechtsradikalismus wegen!

Das heißt:

Sinnvoll wird Freizeitgestaltung, kulturelle Aktivität und das Zusammensein mit Freunden für Jugendliche nur in eigener Verantwortung, in eigenen Räumen, auf eigenen Plätzen, mit genügend Jugend- und Übungsleitern, Streetwerkern, Musik-, Kunst- und Medienexperten. Darum kritisieren wir auch die Rotstiftpolitik in Bund, Ländern und Kommunen in diesem Bereich. Es kennzeichnet die jugendfeindliche Politik, dass die sogenannten „freiwilligen Aufgaben“ der Kommunen, Jugendarbeit besonders zu fördern, vielfach gestrichen werden, weil die Bundesregierung die Kommunen finanziell austrocknet. Stattdessen wird Kommerzialisierung betrieben, so dass arbeitslose Jugendliche, SchülerInnen und solche, die unterbezahlt Warteschleifen absolvieren, ausgeschlossen werden. Dabei ist die Förderung von selbstbestimmter demokratischer Jugendkultur, Jugendarbeit und Freizeit auch eine Investition gegen Rassismus und Rechtsradikalismus.

12. Berufliche Erstausbildung garantieren, berufliche Ersterfahrung ermöglichen – für alle! Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

Denn:

Viele Unternehmer sind ihrer gesetzlichen Verantwortung für die Berufsausbildung nicht nachgekommen. Die Mehrzahl der Betriebe bildet nicht aus. Die Zeit in der Berufsschule wird gekürzt. Eine Ausbildungsplatzumlage sichert die nötige Finanzierung: Wer ausbildet und Klein- und Mittelbetrieb ist, soll einen Zuschuss von denen erhalten, die nicht ausbilden. Um flexibler auf veränderte Berufsanforderungen reagieren zu können, sind unter Wahrung des Berufsprinzips modulare Ausbildungsgänge nötig. Sie können besser mit der Weiterbildung verzahnt werden, dürfen aber nicht zu minderqualifizierten Schmalspurberufen führen. Die Arbeitsbedingungen für BerufsschullehrerInnen sind attraktiver zu machen, ihre Arbeitszeit ist zu senken, und die Neueinstellungen sind deutlich zu erhöhen. Die allgemeine, kulturelle und politische Bildung innerhalb der Berufsschule ist aufzuwerten und auszubauen, auf alle Fälle nicht zu kürzen, weil sich dort ein Selbstbewusstsein zur Erkennung der Lage in Betrieb und Gesellschaft herausbilden kann. Für die ersten drei Jahre nach dem Lehrabschluss ist der Arbeitsplatz gesetzlich zu garantieren. Ein qualitativ hochwertiger, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor könnte eine ergänzende Möglichkeit sein, um ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

13. Weiterbildung übersichtlich gestalten und allen gleichermaßen und kontinuierlich zugänglich machen – ein Bundesrahmengesetz muss her!

Weil

die Weiterbildung in erster Linie eine Voraussetzung für das Erkennen der Lebenslage und der Arbeitsverhältnisse, für ganzheitliche, individuelle Lebensgestaltung und für die Befähigung zu einem weltoffenen Dialog der Kulturen ist. Sie hat sich zu einem profiträchtigen Markt entwickelt, der weder in Inhalt und Qualität des Angebots noch in den sozialen Standards der dort Beschäftigten öffentlich verantwortet und staatlich kontrolliert wird. Darum muss ein Weiterbildungsgesetz die Grundlagen dafür schaffen, dass die gesellschaftliche Verantwortung gestärkt und die individuellen Ansprüche fixiert werden.

14. Hochschule für alle öffnen, gegen Privatisierung und Elitebildung!

Das heißt:

Heute nehmen nur 8% aus unteren Einkommensschichten ein Studium auf, während es bei höheren Einkommen über 70% sind. Hauptverantwortlich: die nach wie vor ungenügenden Bafög-Regelungen, die schleichende Einführung von Studiengebühren und die Errichtung weiterer Hürden beim Einstieg in die Hochschule. Bund und Länder wandeln staatliche Hochschulen sukzessive in marktgesteuerte Dienstleistungsunternehmen als Stiftungen oder Landesbe-

trieben um. Diese Privatisierung verschärft das Bildungsprivileg und schließt immer mehr Arbeiter- und Immigrantenkinder vom Studium aus. Lehr- und Studiengebiete, die nicht kurzfristig profitabel sind, und die institutionelle Mitbestimmung der Hochschulmitglieder bleiben auf der Strecke. Wir brauchen eine Demokratisierung und gesellschaftliche Öffnung der Hochschulen, eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Forschung, Lehre und Studium, eine bedarfsgerechte, elternunabhängige Ausbildungsförderung, Gebührenfreiheit ohne Wenn und Aber, eine Aufstockung der Studienplätze und eine Personalstrukturreform, die vor allem eine bessere Relation zwischen Studierenden und Lehrenden sichert. Diese Maßnahmen sind Ergebnis der vertretenen Zielbestimmung von Hochschulbildung. Sie sind nicht auf individuelle Karriereinvestitionen zu reduzieren, sondern stehen in gesellschaftlicher Verantwortung. Diese Maßnahmen sind aber auch Voraussetzung für die Umsetzung dieser Zielbestimmung.

15. Gegen wachsende Ungleichheit in den Bildungsmöglichkeiten! Was tun?

Jede demokratische Bildungsreform beginnt damit, hier und heute gegen wachsende Ungleichheit anzugehen und für mehr soziale Gerechtigkeit einzutreten. Deutliche Verbesserungen für die Lernenden und Lehrenden sind jetzt nötig als erste Schritte zu einer grundlegenden Bildungsreform! Die herrschende Politik verspricht zwar Chancengleichheit – aber real wächst die soziale Ungleichheit. Ein „Weiter so – basta!“ geht nicht.

Gegen Unterrichtsausfall und Kita-Schließungen, gegen Kürzungen an den Hochschulen und bei den Planstellen, gegen die Zusammenlegung von Schulen – überall vor Ort regt sich Widerstand, öffentlicher Protest aus Wut, weil die Zukunft verspielt wird. Das ist gut und notwendig – aber noch nicht ausreichend und nicht massenhaft genug. Erst wenn überall gegen die wachsende Ungleichheit demonstriert, jeder örtliche Widerstand bundesweit vernetzt, keine Faust mehr in der Tasche geballt wird, sondern der Protest in die Öffentlichkeit getragen wird, wird eine Wende für demokratische Bildungsreformen möglich. Kinder brauchen eine Lobby, Parlamente den Druck von außen, Minister konsequenter Nachhilfeunterricht, Betroffene brauchen Ermunterung und PädagogInnen Unterstützung. Dann wird auch aus Wut Widerstand und Widerstand zur Demokratiepflicht.

Und bei allem ist nicht zu vergessen: Bessere Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendliche verlangen auch entsprechende Lebensverhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten vor, neben und nach der Schule, natürlich besonders für die Benachteiligten.

Dazu fordern wir auf, denn die Jugend braucht Zukunft.

Integration: Strukturelle Aufgabe für die Kommunalpolitik

Monika Jäckel vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) München erläuterte am 7. März dieses Jahres die Ergebnisse des 6. Familienberichts der Bundesregierung in einer gemeinsamen Sitzung des Internationalen Ausschusses mit dem Jugendhilfe- und dem Sozialausschuss des Stuttgarter Gemeinderats. „Kommunale Aufgaben in der Integrationspolitik“ überschrieb Jäckel ihr Referat. Der Internationale Ausschuss beschloss danach mit großer Mehrheit, die Stuttgarter Stadtverwaltung solle noch vor der Sommerpause darlegen, welche Schlüsse sie aus dem 6. Familienbericht zieht und welche Maßnahmen sie daraus folgend einleiten will.

Die wesentlichsten Erkenntnisse

1) Der vorliegende 6. Familienbericht der Bundesregierung stellt fest, dass Familien ausländischer Herkunft ein integraler Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und bleiben werden. Internationale Migration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sind keine zeitlich befristeten Phänomene, die durch einmalige Anstrengungen überwunden werden können, sondern stellen eine dauerhafte Herausforderung dar an die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Integrationspolitik ist folglich eine strukturelle Aufgabe.

2) Migration ist ein komplexer über Generationen hinweg stattfindender Prozess, der Hin- und Her-Bewegungen, Remigrationsprozesse, transnationale Identitäten und Doppelgleisigkeiten mit ein bezieht.

Es handelt sich nicht um ein Nullsummenspiel, bei dem der Bezug zur Herkunftsgesellschaft in dem Maße abnimmt, wie die Integration in die Aufnahmegergesellschaft zunehmend gelingt. Integration von Zuwanderern in modernen Gesellschaften stellt sich komplexer dar als ein möglichst schnell zu realisierender Endzustand des Heimischseins im Aufnahmeland.

Nach wie vor verlässt die Mehrheit der ausländischen Migranten Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt wieder. Bei den rückgewanderten Familien handelt es sich keineswegs vor allem um gescheiterte oder marginalisierte Familien, sondern im Gegenteil hierunter sind besonders viele zu finden, die ein hohes Ausmaß an Human- und Sozialkapital aufweisen, d.h. solche, die während ihres Aufenthalts in Deutschland gute Deutschkenntnisse erworben haben, intensive Kontakte zu Deutschen unterhielten, eine überdurchschnittliche Berufsqualifikation und stabile Beschäftigungsverhältnisse hatten.

Nicht etwa Heimweh oder mangelnder Erfolg im Aufnahmeland sind die Rückwanderungsmotive, sondern Hoffnungen auf die Realisierung weiteren sozialen Aufstiegs.

Für die Politik bedeutet dies Angebote zu schaffen, sowohl zur Integration in die Aufnahmegergesellschaft wie zur Offenhaltung einer Rückkehroption.

3) Für den weit überwiegenden Teil der Familien ausländischer Herkunft bilden weder religiöser Fundamentalismus, Kriminalisierung oder ethnische Mobillierung bedeutsame Bezugspunkte für die Wahrnehmung ihrer Lebenssituation in der Bundesrepublik.

Die Migration erweist sich insgesamt als ein stabilisierender Prozess moderner Wohlfahrtsgesellschaften indem sie zum Ausgleich des Bevölkerungssaldos und der negativen Reproduktionsbilanz und zu einem sozialen Aufstiegsprozess der einheimischen Bevölkerung beiträgt. Dies wird in der Migrationsforschung der Fahrstuhleffekt durch Unterschichtung bezeichnet. D.h. für die jeweils neu Zugewanderten stehen die niedrig qualifizierten Bereiche offen, was der einheimischen Bevölkerung den sozialen Aufstieg ermöglicht.

Zunehmend, nicht zuletzt aufgrund der fallenden Reproduktionsrate auch der ausländischen Bevölkerung, sind auch Familien ausländischer Herkunft in zweiter und dritter Generation am Fahrstuhleffekt beteiligt, sodass der Verteilungskampf um ökonomische und soziale Ressourcen auch ihnen eine positive Bilanz ermöglicht. Dies eröffnet für die Zugewanderten Anreize zur Assimilation.

In dem Maße, wie jedoch dieser Verteilungskampf als ungerecht oder hoffnungslos erlebt wird, entstehen auch soziale Spannungen. Der Prozess der Unterschichtung führt in Zeiten ökonomischer Stagnation zu einer höheren Krisenanfälligkeit der Bevölkerung ausländischer Herkunft.

Der Berufsstatus ausländischer Arbeitnehmer unterscheidet sich deutlich von dem der deutschen Vergleichsgruppe. Während 15% der Deutschen Selbständige, 38% Angestellte und 36% Arbeiter sind, liegen die Vergleichszahlen bei den Ausländern bei 7% Selbständige, 12% Angestellte und 78% Arbeiter.

Der 6. Familienbericht liefert einige Erklärungsmuster für eine Entwicklung in Richtung ethnischer Abschließung, Marginalisierung und religiöser Radikalisierung, wenn auch eingeschätzt wird, dass hiervon die Mehrheit der Migranten nicht betroffen sein wird.

In dem Maße, wie Migranten eher wenige Möglichkeiten eröffnet werden, sozial aufzusteigen und an den sozialen Gü-

ttern der Aufnahmegergesellschaft zu partizipieren, findet auch Segregation [Absonderung] und Desintegration statt.

Die Zunahme von einem Kriminalitäts- und Gewaltpotential bei ausländischen Jugendlichen sowie Reethnisierungstendenzen werden mit einer mangelnden Teilhabe an den sozialen Gütern der Mehrheitsgesellschaft, was Ausbildungschancen, Arbeitsplatz und Aufstiegschancen angeht, in Zusammenhang gebracht.

Dies betrifft vor allem die dritte Generation von Zuwanderern. Sie fühlen sich oft überfordert von den Erwartungen ihrer Familie an beruflichem Aufstieg und ökonomischer Besserstellung. Negative Bilanzen in den verwandschaftlichen Tauschbeziehungen, wenn Erträge aus dem Migrationsprojekt nicht sichtbar eintreten, bringen besonders die Migrantengenerationen, die hohe verwandschaftliche Unterstützung in Anspruch genommen haben, in eine prekäre Lage, in der häufig nur ein Ausweg in symbolische Verhaltensweisen bleibt. Ritualistische Konformitätsbezeugungen an die Herkunftskultur und religiöser Fundamentalismus gehören hierzu.

Die Rückbesinnung auf die ethnische Identität kann als eine Widerstandsform gewertet werden. Zugespitzt ausgedrückt kann man sozusagen das Ausmaß der Ausgrenzung der deutschen Strukturen an dem Ausmaß der Reethnisierung der in Deutschland geborenen Ausländergenerationen ablesen.

4) Familie und Familienpolitik haben bei der Frage der Eingliederung von Migranten bislang keine große Rolle gespielt. Der 6. Familienbericht sagt aus, dass jetzt eine Situation gegeben ist, in der Familie und Ansätze, die die Familie betreffen, eine große Rolle spielen.

Migration hat sich von einer Arbeitsmigration auf eine Migration der Familienzusammenführung und der Heiratsmigration verschoben. Es sind die durch Kettenmigration häufig sehr verzweigten familialen und verwandschaftlichen Netzwerke der Zugewanderten, die zu ihrer sozialen Eingliederung in die deutsche Gesellschaft beitragen und über den Integrationserfolg entscheiden. Hierbei – das betont der Familienbericht spielen zunehmend die Frauen eine entscheidende Rolle.

Politische Schlussfolgerungen

Sowohl aus den Erkenntnissen, die auf eine grundlegende Stabilität der Migration in Deutschland hinweisen, lassen sich wesentliche politische Schlussfolgerungen ableiten, als auch aus den Erkenntnissen, die auf Probleme und Herausforderungen hinweisen.

1) Zur ersten Kategorie zählt es, in der öffentlichen Diskussion zur Herausbildung eines pragmatischen und positiven Verhältnisses zu Fragen von Migration und der Integration von Minderheiten in Deutschland beizutragen, sowie grund-sätzliche und richtungsweisende Integrationskonzeptionen hierzu zu entwickeln.

Deutschland ist ein Land, das auf lange Sicht sowohl mit einem relevantem Maß an Einwanderung zu rechnen hat und auch ein Mindestmaß an Einwanderung braucht.

Ein wichtiger Teil von Integrationspolitik muss sich folglich nicht nur auf die Migrantenpopulation selber beziehen, sondern auch auf die einheimische Bevölkerung abzielen, um ihre Fähigkeiten zu einem gelassenen und positiven Umgang mit dieser Realität zu fördern.

Zur ersten Kategorie zählen auch die Bedeutung von auf die Stabilität von Familien gerichteten Integrationsmaßnahmen sowie Maßnahmen, die aufenthaltsrechtliche Stabilität und Mobilitätssicherheit gewährleisten.

2) Migration ist ein Familienprojekt. Die innerfamilialen Voraussetzungen zu stärken, das Solidarpotential von Familie und Generationsbeziehungen zu stützen erscheint als eine zentrale Aufgabe, denn die Integrationsleistungen in die Aufnahmegerüste, die in Verwandtschaftsbeziehungen von Familien ausländischer Herkunft erbracht werden, wären als institutionalisierte Angebote personell und finanziell sehr viel aufwendiger.

Hierbei spielen Maßnahmen eine besondere Rolle, die zur Stärkung der Fähigkeiten und des Handlungsspielraumes von Frauen beitragen.

3) Da Migration ein von mehreren Generationen getragenes gemeinsames Projekt darstellt, kommt der Stützung von Mobilitätsprozessen eine zentrale Rolle zu im Hinblick auf die optimale Nutzung von materiellen und sozialen Eigenressourcen von Migranten.

Sicherheit und Langfristigkeit der Aufenthaltsperspektive stellen entscheidende Voraussetzungen dar.

Die Einschränkung von Mobilität führt dazu, dass Arbeitsmarktrisiken weniger durch Pendelmigration zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland beantwortet werden können, sodass das annähernd doppelte Arbeitslosigkeitsrisiko, das ausländische Familien tragen verstärkt zu einem Risiko wird, im Aufnahmeland (zumindest zeitweilig) unter die Armutsgrenze zu fallen.

Während die Anteile der ausländischen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung zunehmen, nehmen die Anteile derjenigen Ausländer ab, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben. Das heißt, dass bei zunehmender Unsicherheit der Einkommenssicherung auch steigende Unterhaltsleistungen von ausländischen Familien bereitzustellen sind. In dieser Situation stellen Behinde-

rungen der Mobilität einen Eingriff in die Problemlösungs- und Krisenbewältigungsstrategien von Migranten dar, die sie von ihren oft transnationalen Ressourcen abschneiden. Migranten haben häufig ihre Ressourcen auf zwei Länder verteilt, wenn sie z.B. in der Heimat Wohnungen gebaut haben oder in verwandtschaftliche Netzwerke investiert haben. Freizügigkeit ist eine Bedingung für die materiellen Überlebensstrategien von Migranten bei Krisen wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit.

4) Zur zweiten Kategorie der Gegensteuerung von sozial destabilisierenden Entwicklungen zählen Maßnahmen, die auf die Unterstützung einer stärkeren Partizipation von Migranten an den sozialen Gütern unserer Gesellschaft und an öffentlichen Entscheidungsprozessen abzielen. Dies betrifft vor allem folgende Gebiete:

- Förderung von ausländischen Familien in Bezug auf Kindergarten, Schule und Ausbildung

Für den Schulerfolg erweist sich die Beherrschung der deutschen Sprache als eine entscheidende Voraussetzung, was jedoch nicht im Widerspruch steht zur Förderung der Pflege der Muttersprache.

Es deuten eine Reihe von Forschungsergebnissen darauf hin, dass Kinder, die in ihrer eigenen Sprache alphabetisiert werden und auf diese Weise eine große Sicherheit in ihrer Muttersprache und in der eigenen Kultur erfahren, sich damit leichter tun, auch die zweite Sprache zu lernen und mit der Kultur des Aufnahmelandes umzugehen. Sie zeigen besonders hohe Schulerfolge, die sich auch in den Übertrittszahlen in höhere Schulen verfolgen lassen. Der Förderung eines zweisprachigen Unterricht kommt eine hohe Bedeutung zu.

Auch unter dem Aspekt von Rückwanderungen erscheint eine konsequente Förderung des zweisprachigen Unterrichts als sehr sinnvoll.

Die Bilingualität und Biculturalität der Familien ausländischer Herkunft sollte als eine in allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Institutionen zu erschließende Ressource betrachtet werden.

Kindergarten- und schulische Lehrkräfte müssen daraufhin ausgebildet werden, die besondere Situation ausländischer Kinder wahrnehmen zu können, um die vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten fördern zu können, interkulturelle Unterschiede einschätzen und einordnen zu können, und um interkulturelle Missverständnissen und daraus sich ergebenden Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Die ausländische Bevölkerung stellt eine große Bildungsreserve für Deutschland dar. Auch unter diesem Aspekt erscheint eine Bildungsreform und Bildungsförderung, die interkulturell angesetzt sinnvoll.

- Förderung von Ausbildungsplätzen

für ausländische Jugendliche. Als hinderlich ist das Rekrutierungsverhalten vieler Betriebe zu werten, das sehr häufig von negativen, stereotypen Bildern und Vorurteilen gegenüber ausländischen Jugendlichen geprägt ist. Im Bereich des öffentlichen Dienstes sind ausländische Jugendliche deutlich unterrepräsentiert.

- Freier Zugang zum Arbeitsmarkt und Förderung der beruflichen Integration von Familien ausländischer Herkunft. Hierzu zählt auch die Förderung des sich selbstständig Machens, das häufig erschwert wird durch Gewerbeordnungen und Meisterprüfungen im Handwerk. Die Selbstständigkeit bietet eine Möglichkeit der Integration von ausländischen Jugendlichen und kann eine Art Nischenökonomie für Landsleute schaffen. Kleinstunternehmen fördern auch die Nachbarschaftsbildung in den Wohnquartieren.

- Gleiche Rechte bei der Wohnungsevermittlung sind außerordentlich wichtig, sowie die Förderung der ausländischen Bevölkerung auf dem Wohnungsmarkt, was sowohl den Zugang zu Sozialwohnungen betrifft als auch den Abbau von Diskriminierungen auf dem freien Wohnungsmarkt.

Die Altenpflegedienste müssen auf religiöse und kulturelle Bedürfnisse der Migrantenpopulation abgestimmt werden. Hierbei spielen vor allem die ambulanten Pflegedienste eine wichtige Rolle. Muttersprachliche Pflege wird im Alter besonders wichtig. Zur Verstärkung der Zahl der muttersprachlichen Fachkräfte in diesem Bereich sind auch bilinguale Ausbildungen im Pflegebereich denkbar.

Modellprojekte wie das in Stuttgart geplante Betreute Wohnen in der Ludwigstraße in Zusammenarbeit von Fachkräften und der Familienselbsthilfe, stellen wichtige Weichen in diesem Bereich.

Kommunalpolitische Handlungsempfehlungen

Während die Ursachen der Migration insbesondere auf der Ebene der international unterschiedlichen Lebensbedingungen zu suchen sind, werden die Lebensbedingungen der Migrantenfamilien im Aufnahmeland am stärksten von den Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik und den Verfahrensweisen kommunaler Behörden beeinflusst, wird der Erhalt des sozialen Friedens und eines gesellschaftlichen Zusammenhalts vor allem vor Ort entschieden.

Dies bedeutet einerseits, etwas platt ausgedrückt, dass Kommunen und Regionen die Kosten des Globalisierungsprozesses (ökologisch, sozial und finanziell) tragen. Dies eröffnet aber andererseits auch besondere Gestaltungsmöglichkeiten für Integrationspolitik auf kommunaler Ebene, vor allem durch eine konsequente Anpassung der Verwaltung und der kommunalen Institutionen und Dienstleistungen an eine Bevölke-

rung, die multi-ethnisch zusammengesetzt ist.

Interkulturelle Öffnung kommunaler Behörden

Kommunale Behörden können viel zur Integration oder umgekehrt zum Gefühl der Diskriminierung oder Ausgrenzung beitragen.. In einer in München 1994 vom Ausländerbeirat durchgeföhrten Studie z.B. gaben circa 60% der Befragten an, von der Ausländerbehörde sowie von der Wohnungsbehörde schlecht behandelt worden zu sein, kritisiert wurde die Beratungsqualität und ein Informationsdefizit, sowie diskriminierendes Verhalten. Solche Erfahrungen prägen die eher als distanziert als vertrauensvoll zu bezeichnende Haltung ausländischer Bürger gegenüber den deutschen Institutionen und demokratischen Instanzen.

Regeldienste der Wohlfahrtsorganisationen und der Kommunen sollten sich daher stärker den Familien ausländischer Herkunft öffnen. Hierzu kann entscheidend beitragen, wenn kommunale Institutionen verstärkt Fachkräfte der zweiten Migrantengeneration einstellen. Dies gilt für Ämter gleichermaßen wie für Kindergärten und Schulen. Wichtige Maßnahmen stellen auch interkulturelle Fortbildungs- und Trainingsangebote dar, um interkulturelle Fähigkeiten und Kompetenzen in der Verwaltung sowie in Kindergarten und Schule auszubilden.

Diese beinhalten die Entwicklung von Fähigkeiten wie die Reflektionsfähigkeit über eigene kulturelle Denk- und Verhaltenssysteme, über Vorurteile und kulturbedingte Missverständnisse, sowie Fähigkeiten wie Stresstoleranz und Empathiefähigkeit. Die Fähigkeiten, sich zu versichern zu lassen und Selbstverständlichkeiten und Normen zu hinterfragen, sind wichtige interkulturelle Kompetenzen, die alle, die institutionell mit Migrantfamilien zu tun haben, verstärkt ausbilden sollten.

Hohe Ansiedlung von Ausländerpolitik in der Stadtverwaltung

Gute Erfahrungen wurden in Frankfurt gemacht mit der Einrichtung eines eigenen Amtes für multikulturelle Angelegenheiten. (AMKA) AMKA steht in gleichberechtigter Kommunikation mit den anderen kommunalen Ämtern und muss bei allen Fragen mit eingebunden und zu Rate gezogen werden.

Ein eigenes Amt mit eigenem Budget und eigener Stimme eröffnet die Möglichkeit Grundsatzüberlegungen anzustellen, Verknüpfungen zwischen den Ämtern herzustellen und den Dialog zwischen den Bürgern und der Verwaltung zu stärken. Dabei versteht sich das AMKA in Frankfurt nicht als „Lobby für Ausländer“, sondern als Amt für alle, um das



Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu fördern.

Bezogen auf die ausländische Population geht es hierbei primär um Hilfen bei der sozialen Integration durch Bereitstellung von Beratung, Sprachkursen und Informationen, um gezielte Maßnahmen gegen Diskriminierung, sowie um die Förderung von Selbsthilfe Organisationen von Ausländern.

Konfliktmanagement und Mediation

Bezogen auf die gesamte Bevölkerung hat AMKA gute Erfahrungen mit dem Stadtteilvermittler-Programm gemacht, bei dem die Stadt in Konfliktmediation und Methoden konstruktiver Konfliktlösung ausgebildete freiwillige Vermittler zur Verfügung stellt. Diese Mediatoren vermitteln in Konfliktfällen zwischen Bürgern und Verwaltungen genauso wie in Schulen, Nachbarschaften und Betrieben, zwischen Polizeibeamten und Straftätern, zwischen jungen Mädchen und ihren Eltern, Asylsuchenden und Behörden, zwischen Vertretern von Moscheen und hinduistischen Gemeinden und dem Schlachthof, dem Planungs- oder Friedhofsaamt.

Jeder Beschwerde wird nachgekommen, die Beteiligten werden an einen Tisch zusammengebracht und gemeinsam wird an Verständigung und für alle tragbaren Lösungen und Kompromissen gearbeitet.

Aktive Anti-Diskriminierungspolitik

In Amsterdam wurde ein Antidiskriminierungsbüro eingerichtet und ein Antidiskriminierungscode entwickelt, in dem definiert wird, was als diskriminierendes und rassistisches Verhalten zu bezeichnen ist. Jeder kann sich an das Antidiskriminierungsbüro hinwenden, um sich über diskriminierendes Verhalten zu beschweren. Jeder Beschwerde wird nachgegangen und es gibt Aktenvermerke, Bußgelder sowie negative Publicity.

Ebenfalls in Amsterdam wurde ein „Diversity Audit“ entwickelt, durch den Unternehmen und Firmen sich mittels eines Softwareprogramms selbst evaluieren können, in welchem Ausmaß ihr Betrieb monokulturell oder auf multikulturelles Management ausgerichtet ist.

Förderung von Selbsthilfeorganisationen

Ausländische Vereine und Selbsthilfeorganisationen sollten gefördert werden, denn sie stellen wichtige Anlaufstellen dar für die psychosoziale Unterstützung von Migrantenfamilien und dienen als Orientierungshilfe und Ort der Kommunikation über die Erfahrungen des Migrantenlebens. Solche Räume stellen Übergangsorte dar, wo kulturelle Rückversicherungen stattfinden können. Sie ermöglichen es, kulturelle Identitäten sowohl zu verwahren als auch neu zu schaffen, und bieten viel Unterstützung und Beratung zu allen Fragen des Alltags in der neuen Heimat an.

Initiativen im sozialen Nahraum

Einen besonderen Stellenwert kommt der Förderung von Initiativen und Maßnahmen im sozialen Nahraum zu. Vor allem Frauen und Mütter lassen sich über Nachbarschafts- und stadtteilorientierte Initiativen erreichen.

Die Mütter sind häufig die tragenden Kräfte im Akkulturationsprozess von ausländischen Familien.

Der soziale Nahraum eignet sich als Ansatzpunkt für Integration auch deswegen, da eine Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft sich über basisnahe Formen der gesellschaftlichen Partizipation und der Teilhabe an der lokalen Öffentlichkeit fördert lässt, worauf der Familienbericht mit einer Betonung der zunehmenden Rolle der zivilen Gesellschaft deutlich hinweist.

Schließlich erscheint ein sozialräumlicher Ansatz besonders geeignet zu sein, um die Verbindung zur einheimischen Bevölkerung herzustellen. Themen, die sich auf den Familien- und Stadtteilalltag beziehen, schaffen verbindende Momente zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung.

Aktivierende Stadtteilbefragungen, lokale Partizipationsprojekte, die Förderung der aktiven Mitgestaltung des Stadtteils durch Bewohnergruppen, die Entwicklung von familienentlastenden wohnungsnahen Dienstleistungen, sowie selbstverwaltete Familien- und Nachbarschaftszentren stellen hierbei wichtige Ansatzmöglichkeiten dar.

In Partnerschaften mit den existierenden Gruppen und Institutionen im Stadtteil wie Kindergarten, Schule, lokale Firmen, Wohnungsbaugesellschaften, Selbsthilfegruppen und ausländische Vereine können Integrations- und Partizipationsprojekte entwickelt werden, die zur Stärkung der kommunikativen Qualität und des sozialen Zusammenhalts zwischen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung im Wohnumfeld und in den Nachbarschaften beitragen.

(Es folgen noch einige Beispiele, die wir aber aus Platzgründen nicht wiedergeben können)



**14. bis 16. April,
bundesweit:
Ostermarsch-
Demonstrationen
und andere
Aktionen**

26. April, Ludwigshafen: *Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverseuchung und Arbeitsplatzvernichtung*, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com . Internet: <http://www.kritischaktionaere.de>

27. April, Köln: *Hauptversammlung der Bayer AG, Messe, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltversuchung, etc.*, Kontakt: Koordination gegen Bayer Gefahren, Tel.: 0211/333911, e-mail: cbgnetwork@aol.com . Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024, E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com , Internet: www.kritischaktionaere.de

4.-6. Mai, Düsseldorf: *Bundesparteitag der FDP*

5.-9. Mai, Lübeck: *24.o. Gewerkschaftstag der GEW*

8. bis 10. Mai, Leipzig: *Deutscher Städtetag, Hauptversammlung*

12. und 13. Mai 2001, Berlin „Für eine tolerante Gesellschaft – gegen Rechtsextremismus und Rassismus!“ Veranstalter: PDS, Bundestagsfraktion der PDS, Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF), Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament. Veranstaltungsort Rathaus Schöneberg, Bezirk Tempelhof-Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin. Näheres: www.pds-online.de

17. bis 19. Mai, Berlin: *Aktionstage und Großdemonstration für die Abschaffung des Residenzpflichtgesetzes für Flüchtlinge*. Es rufen auf: Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit TheVoice Afrikaforum (Jena) und die Flüchtlingsinitiative Brandenburg (Rathenow). Für Rückmeldungen, Fragen, Hinweise gibt es folgende Kontaktmöglichkeit: Antirassistische Initiative Berlin (ARI), E-Mail: ari@in.de, Stichwort „Residenzpflicht“, Fon (0 30) 7 85 72 81, Fax (0 30) 7 86 99 84, Mi 11-17 Uhr, Fr 11-18 Uhr. Internet: www.freespeech.org/inter/residenz – www.humanrights.de – www.umbruchbildarchiv.de

19. Mai, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Kapitel 16, 17 und 18: Geld, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

24.- 27. Mai, Erlangen: *IPPNW-Kongress „Medizin und Ge-wissen“*, Schwerpunktthemen: Menschenrechte, Technologiefolgen, Gesundheitspolitik, Vorträge/Workshops u.a. zu: „Medizin zwischen den Fronten. Ethische Dilemmata der hum. Hilfe“; Kinderstreben in Bagdad – Embargo und Gesundheit“; Uran im Kosovo – NATO-Einsatzstrahler Munition“, „Handlager für das Militär – Verträge von Kliniken und Bundeswehr“, ...; Kongress-Büro: Fichtenstr. 39, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/816830, Fax: 09131/816831, e-mail: medigew@aol.com, <http://www.medizinundgewissen.de> (Mo-Do 9.30-12 Uhr). Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166, Internet: <http://www.ipnw.de>

9. Juni, Leipzig: *Reformalternative als Gesellschaftsalternative*. Theoretische Konferenz von: Marxistisches Forum Sachsen, Marx-Engels-Stiftung Wuppertal, Marxistischer Arbeitskreis bei der Geschichtskommission der PDS. Schwerpunkte Konferenz: 1. Veränderung in der Gangart des Kapitalismus und Chancen linker Politik bzw. Reformstrategie (Prof. Uwe-Jens Heuer, Leo Mayer); 2. Das Verhältnis von Widerstandsstrategie und Reformstrategie und von Systemopposition und Regierungsbeteiligung (Prof. Dr. E. Felfe, Prof. Dr. E. Lieberam); 3. Die Eigentumsfrage als Grundfrage antikapitalistischer Reformen – Reformen als Suchtpfad zu einem neuen Sozialismus (Prof. Dr. Werner Roß, Jörg Miehe). Die Thesen der Referenten finden sich ab 9. Mai im Internet unter: www.marx-engels-stiftung.de und www.pds-sachsen.de/ag/MF Die Teilnehmer der Konferenz haben dann bis Anfang Juni die Möglichkeit, ihrerseits kurze Thesen zu machen und an Wolfram Triller zu senden (w.triller@online.de) oder per Diskette (Neuländer Str. 4, 01445 Radebeul). Anmeldungen an: Siegfried Kretzschmar, Marxistisches Forum Sachsen, c/o PDS Leipzig, Braustr. 15, 04107 Leipzig

13./14. Juni, Frankfurt: *Evangelischer Kirchentag*

23./24. Juni, Berlin: *Internationaler Kuba-Solidaritätskongress Kubanisch-Europäische Perspektiven*. Kongresshalle am Alexanderplatz. Kubanisch-Europäische Perspektiven. Veranstalter: Netzwerk Cuba, PDS (Partei und BT-fraktion), GUE/NGL im Europaparlament, Cuba si, junge Welt. Im Aufruf heißt es: Seit 40 Jahren wehrt sich Kuba gegen eine aggressive, menschenverachtende und völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Fast alle Länder Europas lehnen heute diese Blockade der Vereinigten Staaten gegen Kuba ab. Die kubanisch-europäischen Beziehungen haben in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen einen spürbaren Aufschwung erfahren, bleiben jedoch nicht frei von Widersprüchen und Rückschlägen. Zehn Jahre nach den weltpolitischen Veränderungen 1989/90 existiert Kuba weiter als unabhängiges, souveränes Land, auf der Suche nach einem eigenständigen, an sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und wirtschaftlicher Effizienz orientierten Entwicklungsweg. Kuba setzt sich den Realitäten dieser globalisierten Welt aus und bewahrt gleichzeitig seine Eigenständigkeit, auch, weil es sich nicht dem neoliberalen Trend unterwirft.

In der Welt erfährt Kuba von immer mehr Menschen unterschiedlichster politischer Ansichten Interesse, Sympathie und Unterstützung. Gleichzeitig leisten Tausende kubanische Ärztinnen und Ärzte sowie Lehrerinnen und Lehrer in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas uneigennützige humanitäre Hilfe.

Nach dem vom Europaparlamentariern mitveranstalteten Kuba-Kongress 1992 in Bonn und den in diesem Zeitraum stattgefundenen gravierenden Veränderungen in und um Kuba soll dieser Kongress:

- eine Bilanz der europäischen Zusammenarbeit und Solidarität mit Kuba ziehen und neue Anforderungen, Anregungen und nachhaltige Perspektiven dafür aufzeigen;
- von der EU und deren Mitgliedsstaaten eine eindeutige Position der Verurteilung der US-amerikanischen Blockadepolitik einfordern und Möglichkeiten des gleichberechtigten Ausbaus der Beziehungen und der Kooperation Europa-Kuba verdeutlichen;
- die kubanische Realität mit ihren Möglichkeiten und Potentialen darstellen und dadurch für Kuba neue Chancen und Möglichkeiten in Europa befördern;
- die Bedeutung Kubas, insbesondere für die Länder des Südens, herausstellen, die alternativen Positionen und Vorschläge Kubas zur neoliberalen Globalisierung benennen sowie die Chancen und Risiken eines Landes aus der sogenannten Dritten Welt für eine selbstbestimmte gesellschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen einer unipolar beherrschten Welt deutlich machen.

Weitere Informationen unter: www.cuba-congress2001.com